

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

England und die ägyptische Frage.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504

Gumsden abberufen sei, während Komarow von seinem Kaiser einen kostbaren Ehrensäbel erhielt. Auch das vorläufige Ergebnis der Londoner Grenzverhandlungen verstimmte ungemein, da es Pendschdeh den Russen überließ, wogegen freilich der Zulfikarpaß den Afghanen verbleiben sollte. Als nun vollends Rußland selbst dieses Zugeständnis dadurch wertlos zu machen suchte, daß es die Defileen für sich in Anspruch nahm, und Granville abermals einen Schritt zurückweichen zu wollen schien, kam der nationale Unwille endlich im Parlament zum Ausbruch; bei einer Budgetfrage, die Gladstone ausdrücklich für eine Kabinettsfrage erklärte, blieben 76 Liberale der Abstimmung fern, sechs schlossen sich gar der Opposition an und mit 264 gegen 252 Stimmen behielt diese am 8. Juni den Sieg: das Ministerium Gladstone war gestürzt. Das neue Torykabinett, in dem Salisbury den Vorsitz und das Auswärtige übernahm, erklärte dann sofort, daß in der Zulfikarfrage nicht die strategische Wichtigkeit, sondern lediglich der Umstand maßgebend sei, daß England dem Emir die Erhaltung dieses Punktes versprochen habe und von diesem Versprechen unter keinen Umständen zurücktreten dürfe. Diesen entschiedenen Erklärungen fügte sich Rußland, da die von dem früheren Ministerium bereits zugestandene Grenzlinie, an die auch Salisbury sich gebunden hielt, im übrigen seinen Interessen vollauf entsprach, und so kam denn am 10. September 1885 die Unterzeichnung eines Protokolls zustande, das die Grenze zwei Kilometer nördlich von Zulfikar beginnen und hart südlich an Pendschdeh vorbei nach Kobtscha-Saleh am Amu laufen ließ. Damit war der erbitterte Streit vorerst beigelegt, und Salisbury konnte einige Wochen später beim Lord-Mayors-Bankett erklären, es bestehe jetzt zwischen England und Rußland nichts als eine herzliche Kooperation und Beaconsfields Wort habe sich bewahrheitet, daß in Asien Platz genug für beide Staaten nebeneinander sei.

England und die ägyptische Frage.

Whigs und Tories.

Diese Schlichtung des afghanischen Streites im Sinne der englischen Forderung konnte von den Tories als ein neuer Beleg für ihre oft wiederholte Behauptung, daß die Whigs in der auswärtigen Politik energie- und erfolglos seien, ausgenutzt werden; auch sonst ließen sich für diese Anschuldigung manche schlagende Beweise anführen; allein der tiefere Grund dafür, daß die Tories in der öffentlichen Meinung in den letzten beiden Jahrzehnten unverkennbar wieder Boden gewannen, lag doch wohl darin, daß der linke Flügel der Whigs sich mit wachsendem Eifer der Durchführung liberaler Reformen, deren das Land so vielfach bedurfte, zugewandt hatte, und daß diese „Demokratisierung“ der englischen Verfassung auf dem rechten Flügel der Partei großes Mißbehagen und selbst offenen Abfall erzeugte, ohne daß den radikaleren Elementen aus den breiteren Volksschichten, zu deren Gunsten sie ein-

Sturz des Ministeriums Gladstone.

Das Londoner Protokoll.

traten, erwuchs.

Das gefommene peinlich hatte es seit im Kabinett durch Gladstone befand meistens stand während Vertretung hervortr bemerklich Hausfall u heimlich aktes v das Unverwarf wurde nommen brachten nung d forderte fogar agitierte in einer

U. Recht halb de Stellen nicht fi gegen Unterh 289 ge selbst d das G kauf d habern Kaufge lenkten Tabela

traten, schon eine genügende und parlamentarisch wirksame Verstärkung erwuchs.

Das Ministerium Gladstone, das im Dezember 1868 ans Ruder gekommen war, hatte sich bis in den Februar 1874 gehalten; aber den peinlichen Widerspruch, der zwischen den beiden Flügeln der Partei bestand, hatte es doch eigentlich nie auch nur äußerlich ganz überwunden. Vollends seit im Januar 1871 John Bright aus Gesundheitsrücksichten seinen Platz im Kabinett aufgegeben hatte und die konservativeren Bestandteile desselben durch Göschen und den Marquis von Hartington erheblich verstärkt waren, befand sich Gladstone, obwohl anerkanntes Haupt der Partei, doch meistens in der Lage, für seine reformierenden Bestrebungen den Beistand seiner Kollegen und der Mehrheit mühsam erringen zu müssen, während die Radikalen, die nun in dem Ministerium keine genügende Vertretung mehr hatten, um so rückhaltloser mit ihren Forderungen hervortraten. In der Frage der Wahlreform mußte sich das besonders bemerklich machen. Die eine Seite derselben, die Ausdehnung des Haushaltswahlrechtes auf die Grafschaften, ließ das Kabinett ganz fallen und begnügte sich damit durch strenge Bestimmungen das Geheimnis der Wahlen zu sichern und die Kosten des eigentlichen Wahlaktes von den Kandidaten auf die Gemeinden zu übertragen. Schon das Unterhaus strich dann diese letzte Bestimmung und das Oberhaus verwarf gar im August 1871 die ganze Bill; erst im folgenden Jahre wurde sie wenigstens in der verkürzten Fassung des Unterhauses angenommen. Die fortgeschrittenen Whigs dagegen, insbesondere Trevelyan, brachten Jahr für Jahr ihre Anträge ein, durch die sie eine Ausdehnung des Stimmrechtes, wenn nicht geradezu das allgemeine Wahlrecht forderten. Daß die Radikalen, an ihrer Spitze Sir Charles Dilke, sogar die monarchische Staatsform angriffen und für die Republik agitierten, machte die allgemeine, doch sehr loyale öffentliche Meinung in einer Weise stutzig, die dem Liberalismus keineswegs zuträglich war.

Unter den übrigen Staatseinrichtungen galt das Militärwesen mit Recht für besonders reformbedürftig, und die Whigregierung faßte deshalb den Entschluß die Abschaffung eines der schlimmsten Schäden, des Stellenkaufes der Offiziere, vorzuschlagen. Selbst Disraeli hielt es nicht für geraten sich der zweiten Lesung dieser Bill zu widersetzen; dagegen verstümmelte eine aus Tories und Whigs gebildete Mehrheit des Unterhauses dieselbe in hohem Maße, ehe sie am 3. Juli 1871 mit 289 gegen 231 Stimmen angenommen wurde. Als aber das Oberhaus selbst diesen Torso ablehnte, griff das Ministerium zu einem Mittel, das Gladstone vorher bereits angedroht hatte: es verbot den Stellenkauf durch königliche Verordnung und entzog dadurch den zeitigen Inhabern jede Aussicht auf Entschädigung für die von ihnen gezahlten Kaufgelder. Da dies den Interessen der Tories erst recht zuwider war, lenkten sie ein, und am 31. Juli wurde die Bill, zugleich mit einem Tadelsvotum, doch noch vom Oberhause angenommen. Die Regierung

Das Whig-
ministerium
von 1868.

Die Wahl-
reform.

Militärliche
Reformen.

aber bekam fast von allen Seiten Vorwürfe zu hören, daß sie den Widerstand der Lords durch eine nicht unbedenkliche Anwendung der königlichen Prerogative gebrochen habe.

Irland. Auch in die Zustände Irlands suchte Gladstone mit bessernder Hand einzugreifen. Gegen den Unfug, den der Geheimbund der Ribbon-men trieb, schritt er durch eine Zwangsbill ein, die von beiden Häusern 1871 angenommen wurde, obgleich die Tories sie nicht für genügend erklärten. Aber auf der anderen Seite wollte er auch berechtigten Beschwerden abhelfen, besonders seitdem sich unter den irischen Parlamentsmitgliedern 1872 die von Butt und Sullivan geführte Gruppe der Homerulers abge sondert hatte und die Forderung nach einem eigenen irischen Parlamente wieder laut ertönen ließ. Gladstone wünschte sie in Verbindung mit den Whigs zu erhalten und brachte um sie zu beschwichtigen die Uni versitätsbill ein, welche die Universität Dublin von dem Einflusse der anglikanischen Kirche unabhängig machen sollte. Allein die näheren Be stimmungen, unter denen das geschah, befriedigten nach keiner Seite hin, und in der entscheidenden Abstimmung am 12. März 1873 unterlag das

Ministerrath. Kabinett einer Mehrheit von drei Stimmen. Gladstone reichte darauf der Königin seine Entlassung ein; Disraeli aber fühlte sich nicht sicher durch eine Neuwahl eine ausreichende Mehrheit im Unterhause zu gewinnen und lehnte deshalb die Übernahme der Regierung ab. Die Whigs blieben also am Ruder, und Gladstone suchte wieder mehr Fühlung mit den Radikalen; er übernahm selbst an Stelle des un populären Lowe das Finanzministerium, trennte sich von einigen seiner weit nach rechts stehenden Kollegen wie Childers und dem Marquis von Ripon und veranlaßte John Bright wieder zur Übernahme eines Sitzes in der Regierung. Dennoch wurde die Mehrheit, über welche er verfügte, immer geringer und fast alle Nachwahlen fielen gegen ihn aus. Am Ende hielt er es für das rätlichste das Parlament am 24. Januar 1874 aufzulösen und durch allgemeine Neuwahlen die Entscheidung des Landes einzuholen.

Wahltag der Tories.

Diese fiel zweifellos gegen ihn aus. Disraelis Schlagwort, daß die Whigs besser gethan hätten mehr Energie in ihrer auswärtigen, und weniger in ihrer inneren Politik zu zeigen, zündete, und neben 351 Tories und 60 Irländern kamen nur 242 Whigs in das neue Unterhaus. Am 16. Februar 1874 erbat Gladstone seine Entlassung und fünf Tage später trat Disraeli, dem für das Äußere Lord Derby, für das Innere und die Finanzen Stafford Northcote, für Indien Salisbury, für die Kolonien Carnarvon zur Seite standen, die Regierung an. Der auswärtigen Politik, welche dieses Torykabinett in der orientalischen Frage befolgte, ist in anderem Zusammenhange gedacht worden; die Annahme des indischen Kaisertitels hatte 1876 die Erhebung Disraelis zum Earl of Beaconsfield und seinen Übertritt ins Oberhaus zur Folge. In der inneren Politik entwickelte das Kabinett seinem Programm gemäß nur eine geringe Thätigkeit. Den Wahlreform-

Das Tory ministerium von 1874.

vorschläge die englis Schritte in alles, wo Whigs to Gladstone durch Ho gebrach persönlich

Das auswärtig Befriedig seiner Po nachzuhef mehr un wieder a Auspizien obachter nahm de beunruhig auswärtig und beson liefen dar der sich Reichsgeb legentlich thanen se der ganz wirklich des Reich ihrerseits Beaconsf Erzählun getreten n Das Reiches den Ang Aufgabe wenn sie Million anwiesen, Univerfit nur prüf ruhigung dies um

Bulle

vorschlägen der Radikalen hielt Beaconsfield kühl die Erklärung entgegen, die englische Verfassung sei zum Experimentieren zu gut. Einige Fortschritte im Schulwesen und in der Heeresverwaltung waren am Ende alles, was die nächsten Jahre an Reformen aufzuweisen hatten. Die Whigs konnten der herrschenden Partei keine große Besorgnis einflößen. Gladstone hatte im Januar 1875 die Führerrolle niedergelegt und war durch Hartington ersetzt, dem es vorderhand durchaus an Autorität gebrach und der nicht, wie sein Vorgänger, mit den Radikalen in persönlich gutem Einvernehmen stand.

Die Whigs.

Das ungestüme und theatralische Vorgehen der Tories in ihrer auswärtigen Politik gewährte indessen dem Lande auf die Dauer keine Befriedigung, und Gladstone wußte, obgleich er nicht mehr das Haupt seiner Partei war, durch Reden und Aufsätze dieser Stimmung geschickt nachzuhelfen: Hartingtons Ansehen gewann dadurch freilich nicht, und mehr und mehr befestigte sich die Überzeugung, daß wenn die Whigs wieder an die Regierung gelangen sollten, es doch unter Gladstones Auspizien geschehen müsse. Übrigens zweifelten auch die kundigsten Beobachter daran, daß dies bald geschehen werde. Das englische Volk nahm den Stillstand der inneren Gesetzgebung sehr gelassen hin und beunruhigte sich auch nicht sehr über die mannigfachen und kostspieligen auswärtigen Verwickelungen, zu denen Beaconsfields Einnischungslust und besonders auch seine reichspolitischen Ideen führten. Diese letzteren liefen darauf hinaus den Zusammenhang Englands mit seinen Kolonien, der sich unverkennbar zu lockern drohte, wiederzusestigen und den Reichsgedanken zu beleben. Nicht ohne Grund hatte Gortschakoff gelegentlich dem englischen Botschafter, der auf die 200 Millionen Unterthanen seiner Königin pochte, entgegengeworfen: ja, aber die sind auf der ganzen Erde zerstreut. Sollten sie für Englands Machtstellung wirklich etwas bedeuten, so mußten sie auch für die Gesamtinteressen des Reiches zu Leistungen herangezogen werden können und umgekehrt ihrerseits den schützenden Beistand des Reiches lebendig fühlen. Wie Beaconsfield diese Gesichtspunkte zur Geltung brachte, ist teils in der Erzählung der orientalischen und afghanischen Ereignisse schon zu Tage getreten und wird zum anderen Teile noch weiterhin zur Sprache kommen.

Die Reichspolitik.

Das nächstliegende wäre freilich gewesen die innere Einheit des Reiches dadurch zu kräftigen, daß die tiefe Kluft, welche die Iren von den Angelfachsen schied, ausgefüllt wurde. Allein dieser schwierigen Aufgabe standen die Tories hilflos gegenüber. Es war schon viel, wenn sie 1878 aus den Überschüssen des irischen Kirchenfonds eine Million Pfund für die Hebung des mittleren Unterrichtes auf der Insel anwies, oder im nächsten Jahre die Begründung einer konfessionslosen Universität in Dublin beantragten, die übrigens nicht lehren, sondern nur prüfen und Diplome erteilen sollte. Damit wurde für die Beruhigung der aufgeregten Gemüter gar nichts gewonnen, und doch wäre dies um so nötiger gewesen, als nach dem Tode des bisherigen Führers

Irland.

der Homerule-Partei, Haak Butts, an die Spitze derselben im Sommer 1879 ^{Barnell.} der energische und kluge Barnell getreten war, der die brennendste aller irischen Fragen, die Notlage des eingeborenen Pächters, sofort kräftig in den Vordergrund rückte. In zahlreichen Meetings empfahl er den Pächtern, unter Berufung auf die schlechte Kartoffelernte die Zahlung ihrer Pacht an die anglikanischen Gutsherren zu verweigern, weil dieselbe ihre Kräfte übersteige; würden sie dann aus ihrer Pachtung verjagt, so solle kein Ire dieselbe übernehmen und dadurch der Gutsherr am Ende gezwungen werden seine Besitzung zu verkaufen oder wenigstens die Pachtsumme bedeutend zu ermäßigen; die Mittel zur Durchführung dieses Planes hoffte er durch freiwillige Beiträge der Irländer in Amerika und Australien zu erlangen, eine Hoffnung, zu deren Verwirklichung er selbst eine nicht erfolglose Rundreise durch die Vereinigten Staaten machte. Währenddessen traten die Folgen der Not und der Aufregung immer häufiger in Gewaltthaten zu Tage; besonders der Westen der Insel befand sich in einer Art von Kriegszustand gegen die Grundherren, deren Beschützung der Polizei die größten Schwierigkeiten bereitete. Was die Regierung zu Linderung des Elends that und versprach, vermochte die Gemüther nicht zu beschwichtigen, und mit Besorgnis sah man den nächsten Monaten entgegen, in denen der Notstand sich bis zum Beginn der Kartoffelernte noch steigern mußte.

Die heftigen Angriffe, welche die irischen Parlamentsmitglieder gegen das Ministerium richteten, und ihre Versuche das Unterhaus dadurch zur Abstellung ihrer Beschwerden zu nötigen, daß sie alle Verhandlungen desselben mit Hilfe der zahlreichen Mittel, welche die Geschäftsordnung ihnen an die Hand gab, verschleppten, waren für die herrschende Partei natürlich sehr lästig, vermochten aber doch nicht ihre starke Stellung zu erschüttern; denn auch in solchen Fällen, wo die Whigs mit den Iren zusammengingen, gebot Beaconsfield noch über eine ansehnliche Mehrheit. Um so überraschender war es, daß er am 9. März 1880 im Oberhause ankündigte, das Ministerium habe beschlossen in nächster Zeit ^{Neuwahlen von 1880.} Neuwahlen auszusprechen. Augenscheinlich schmeichelte sich dasselbe mit der Hoffnung eines glänzenden Sieges gerade jetzt vollkommen sicher zu sein, und auch die Whigs wagten die Richtigkeit dieser Annahme nicht ernstlich zu bezweifeln. Gleichwohl traten sie augenblicklich mit größter Energie in den Wahlkampf ein, und besonders Gladstone entwickelte eine Unermüdlichkeit im Reisen und Reden, die bei seinem Alter auch den Gegnern Bewunderung abzwang. Der Erfolg dieser Anstrengungen war glänzend. Während die Iren fast genau in derselben Zahl wiedergewählt wurden, entriß den Whigs mit Einschluß der Radikalen den Tories über 100 Sitze und geboten in dem neuen Unterhause selbst dann über eine Mehrheit von 50 Stimmen, wenn Tories und Homerulers zusammengingen.

^{Ministerium Gladstone.}

Beaconsfield reichte nun sofort sein Entlassungsgesuch ein, und die Königin berief Lord Hartington, der ja seit Gladstones Rücktritt von

der Führe
eines neu
der Führe
Gladstone
Parteiwe
der Majo
heblichen
ton und C
Autorität
gemischten
Beziehung
Spitze tr
auch sehr
an seine
Polemik
Anforder
nachdem
hatte, in
Grafen K
eines für
gegeben
Parteien
Gladstone
heit gebor

In
Granville
nere; vo
Dilke, W
daß For
Gladston
als die o
zur Unter
sondern
Recht de
knüpfte,
digen P
zahle. I
die Iren
eine Ma
staatliche
ihnen be
den. De
Ablehnu
Stimmen
Oberhau

der Führerschaft das Haupt der siegreichen Partei war, zur Bildung eines neuen Ministeriums. Allein dieser sowohl als Lord Granville, der Führer im Oberhause, lehnten den Auftrag ab und erklärten, daß Gladstone wieder an die Spitze treten müsse. Nach Lage der inneren Parteiverhältnisse war dies in der That unabweislich; denn innerhalb der Majorität waren die Radikalen so stark vertreten, daß sie einen erheblichen Anteil an der Regierungsgewalt beanspruchen konnten; Hartington und Granville standen ihnen aber viel zu fern und hatten zu wenig Autorität, als daß einer von ihnen die Premierschaft in einem derart gemischten Kabinett hätte behaupten können. Dagegen war es für die Beziehungen zum Auslande recht unbequem, wenn Gladstone an die Spitze trat. Er hatte bei seinen Angriffen auf Beaconsfields Politik auch sehr heftige Ausfälle gegen Oesterreich gemacht und in einer Rede an seine Wähler in Midlothian sogar den Kaiser persönlich in seine Polemik hineingezogen. Indes mußte dieses Bedenken gegenüber den Anforderungen der inneren Politik zurücktreten, und Gladstone beeilte sich, nachdem er am 28. April 1880 die Leitung der Geschäfte übernommen hatte, in vertraulichen Verhandlungen mit dem österreichischen Botschafter Grafen Karolyi eine Verständigung herbeizuführen, die dann in der Form eines für die Öffentlichkeit bestimmten Entschuldigungsschreibens bekannt gegeben wurde. Wurde dieser Schritt auch von den Engländern aller Parteien als eine peinliche Demütigung empfunden, so gereichte er doch Gladstone persönlich zur Ehre und war auf alle Fälle durch die Klugheit geboten.

Stellung zu
Oesterreich.

In dem neuen Ministerium übernahm der Premier die Finanzen, Granville das Äußere, Hartington das indische Amt, Harcourt das Innere; von den Radikalen traten John Bright, Forster, Chamberlain, Dilke, Mundella in mehr oder minder bedeutende Posten ein. Daraus daß Forster Staatssekretär für Irland wurde, ergab sich schon, daß Gladstone bereit war den irischen Forderungen weiter entgegenzukommen als die alten Wighs. Er verzichtete nicht allein darauf die Zwangsbill zur Unterdrückung der Unruhen, die bis zum 1. Juni lief, zu verlängern, sondern brachte auch ein Gesetz ein, welches das schon 1870 beschränkte Recht des Grundherrn seine Pächter auszutreiben an die Bedingung knüpfte, daß derselbe die Zahlungsfähigkeit des mit der Pacht rückständigen Pächters nachweise und dem ausgewiesenen eine Entschädigung zahle. Die Tories bekämpften diese Vorlage auf das bitterste, aber auch die Iren waren damit nicht zufrieden; sie hofften zum mindesten auf eine Maßregel, wie Bright sie früher empfohlen hatte, daß nämlich ein staatlicher Fonds begründet werde, aus dem Pächter, welche das von ihnen bearbeitete Land kaufen wollten, durch Vorschüsse unterstützt würden. Da jedoch die Mehrheit der Regierung treu blieb, so wurde nach Ablehnung aller Amendements die Forstersche Bill am 26. Juli mit 66 Stimmen Majorität angenommen, freilich nur um acht Tage später vom Oberhause mit 282 gegen 51 Stimmen verworfen zu werden.

Irland.

Die Landliga.

Die nächste Folge dieser Ablehnung waren wachsende Unruhen in Irland. Die Landliga unter Barnells Vorsitz entwickelte eine fieberhafte Thätigkeit, und da sie durch ihre vortreffliche Organisation und ihre Verzweigung über das ganze Land die genaueste Kenntnis der Beziehungen zwischen den Grundherren und Pächtern besaß und überdies ein vollkommen geordnetes System der Beitragserhebung, dem sich kein Eingeschätzter zu entziehen wagte, durchgeführt hatte, so gebot sie über moralische und materielle Mittel, die sie zu einer äußerst gefährlichen Gegnerin machte. Bis zum Schluß des Jahres veranstaltete sie etwa 450 Meetings, die von wenigstens zwei Millionen Menschen besucht waren. Aber auch an Gewaltthaten fehlte es in dieser Zeit nicht. Im August wurde im Hafen von Cork ein Schiff überfallen und einige Risten mit Gewehren weggenommen, im September wurde einer der Großgrundbesitzer, Lord Mountmorris, meuchlerisch ermordet, ohne daß man den Thätern auf die Spur kam; gegen andere Landlords wurden Todesurteile gefällt und ihnen zur Kenntnis gebracht; viele wagten sich nicht aus ihren von der Polizei bewachten Schlössern heraus oder flüchteten nach England; noch mehrere verzichteten auf die Eintreibung ihrer Pachtgelder, auf die Ausübung ihrer Obliegenheiten als Friedensrichter oder Gemeindevertreter; auch die zur Zahlung willigen Pächter wurden bedroht und getrauten sich kaum im geheimen ihren Verpflichtungen nachzukommen; wer sich der Landliga verdächtig machte, wurde in die Acht gethan, so daß kein Arbeiter für ihn thätig sein durfte und seine Ernte auf dem Felde verfaulte; als einem Gutsbesitzer in der Grafschaft Mayo, dem Kapitän Boycott, seine protestantischen Nachbarn in einer solchen Notlage freiwillig Beihilfe leisteten, mußten sie durch Truppen beschützt werden, was einen Kostenaufwand von 200 000 Mark veranlaßte. Dies mochte wohl in einzelnen Fällen möglich sein, im allgemeinen aber war die Regierung gegen das „Boycottieren“ machtlos. Forster hatte sich zur persönlichen Prüfung der Verhältnisse nach Irland begeben und bekam die traurigsten Schilderungen zu hören; dringend verlangte eine Deputation von über 100 Grundbesitzern, den Lord Donnoughmore an der Spitze, Hilfe von der Regierung. Die whiggistischen Minister wären auch bereit gewesen das Parlament zu berufen und die Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte zu beantragen; aber ihre radikalen Kollegen erhoben dagegen unbedingten Widerspruch. Was sich ohne parlamentarische Mitwirkung thun ließ, geschah: es wurden für die gefährdeten Grafschaften vom Vizekönig strenge Polizeiverordnungen erlassen, die Truppen auf der Insel wurden bis zur Höhe von 30 000 Mann vermehrt, gegen die Häupter der Landliga wie Barnell und die Parlamentsmitglieder Dillon, Sexton und Biggar wurden Prozesse angestrengt; allein mit all diesen Mitteln wurden keine Erfolge erzielt. Die ersten Wochen des neuen Jahres brachten sogar in England selbst eine Reihe von Attentaten, die allerdings mißlangen: Brandstiftungen in den Liverpools Docks, im Hauptzollamt in London und ähnliches; weiterhin häuften und verschlimmerten

Das Boycottieren.

Sicherheitsmaßnahmen.

Attentate in England.

sich vor
ten sich
mitattent
anderen
erzentri
so war de
vorhande
waren,
zur Aus

Im
mentes,
überzeugt
beantragt
Irland,
dingunge
von Wa
Pächter
tigt hatt
Lefevre
diesen M
Zwang
der vor
setzen, k
Personen
derer Ge
digen S
Sitzung
ununterk
genommen
skandalö
dem Spr
für ersch
gleich de
länder k
Zwang
angewar
Gesetz
Waffenb
beide G
Ni
Der wie
daß jed
die Fest
binnen
das Pri

sich Vorgänge dieser Art beständig und die Irländer in Amerika rühmten sich öffentlich, daß sie planmäßig diese Brandstiftungen und Dynamitattentate in London, Liverpool, Glasgow, Birmingham, Chester und anderen Orten ins Werk gesetzt hätten. Mochte in den Prahlereien ihres exzentrischen Häuptlings D'Donnovan Rossa auch viel Übertreibung stecken, so war der Wille zu den verruchtesten Unternehmungen doch unverkennbar vorhanden und an waghalsigen Abenteurern, die jeder Schandthat fähig waren, fehlte es so wenig wie an den pekuniären Mitteln, deren man zur Ausführung bedurfte.

Im Ministerium hatten sich bis zur Wiedereröffnung des Parlamentes, am 6. Januar 1881, doch auch die radikalen Mitglieder davon überzeugt, daß Zwangsmaßregeln ganz unerläßlich seien, und Forster beantragte eine Bill zum Schutze der Personen und des Eigentums in Irland, welche die Verhaftung von Verdächtigen unter gewissen Bedingungen gestattete, und ein Gesetz über den Besitz und das Tragen von Waffen. Andererseits sollte durch eine neue Landbill die Lage der Pächter in noch höherem Maße als man es im Jahre zuvor beabsichtigt hatte, verbessert werden, und der Eintritt des Radikalen Shaw-Lesvre in das Kabinett legte Zeugnis davon ab, daß es Gladstone mit diesen Reformen ernst sei. Für das dringlichste erklärte er jedoch die Zwangsmaßregeln, und da die Parnelliten sich vereinigt hatten, die in der vorigen Session begonnene Obstruktionspolitik systematisch fortzusetzen, beantragte er beim Unterhause, daß die Bill zum Schutze der Personen und des Eigentums erledigt werden solle, ehe irgend ein anderer Gegenstand zur Verhandlung komme. Nachdem dies unter beständigen Störungen der Homeruler am 25. Januar in einer 22stündigen Sitzung beschlossen war, wurde vom 31. Januar bis 2. Februar eine ununterbrochene Sitzung gehalten und das Gesetz in erster Lesung angenommen. Dabei hatte die Obstruktion der Parnelliten jedoch zu so skandalösen Szenen geführt, daß Gladstone anderen Tages beantragte dem Sprecher das Recht zu geben eine Debatte zu schließen, wenn er sie für erschöpft halte, und dieser Antrag wurde dann auch genehmigt, obgleich der Debattenschluß den parlamentarischen Gewohnheiten der Engländer bis dahin ganz fremd gewesen war. Bei der zweiten Lesung der Zwangsbill, die vom 4. bis 24. Februar dauerte, wurde er wiederholt angewandt, und ebenso am 25. bei der dritten Lesung, in welcher das Gesetz mit 281 gegen 36 Stimmen angenommen wurde. Auch die Waffenbill wurde dann mit geringeren Schwierigkeiten durchberaten und beide Gesetze vom Oberhause anstandslos bestätigt.

Nicht auf die gleiche Einmütigkeit konnte die Landbill rechnen. Der wichtigste Punkt in dem umfangreichen Gesetze war die Bestimmung, daß jeder Pächter, der sich bedrückt fühlte, von dem Grafschaftsrichter die Feststellung einer „billigen“ Pachtsumme fordern dürfe, die dann binnen 15 Jahren nicht erhöht werden solle. Gegen diesen Eingriff in das Privateigentum erhob sich auch unter den Whigs große Opposition;

Die Zwangsbill.

Obstruktion und Debattenschluß.

Die Landbill.

der Herzog von Argyll schied deshalb aus dem Kabinet. Allein Gladstone trat in seiner großen Rede vom 7. April so entschieden dafür ein und machte die Annahme so bestimmt zu einer Kabinettsfrage, daß die Mehrheit ihm treu blieb und nach eingehenden Beratungen, die 33 Sitzungen in Anspruch nahmen, das Gesetz am 29. Juli genehmigte. Im Oberhause erlitt dasselbe aber so viele und einschneidende Änderungen im einzelnen, daß die Regierung und das Unterhaus darauf nicht eingehen konnten; erst nach mehrfachem Hin- und Herschieben zwischen beiden Häusern kam das Gesetz am 18. August zustande, die größte Maßregel, wie Bright sich ausdrückte, die das größte Reich der Welt unter seinem größten Staatsmanne zur Befestigung des inneren Friedens geschaffen habe.

Die Agitation
in Irland.

Die nächsten Ereignisse schienen jedoch diesen überschwänglichen Lobspruch nicht bestätigen zu wollen. Gereizt durch die Zwangsbill und deren beginnende Anwendung hatten die Barnelliten auch dem Landgesetz als einer ungenügenden Maßregel sich widersetzt und auf den 15. September eine irische Nationalkonvention nach Dublin berufen. In dreitägiger Beratung beschlossen hier 1200 Delegierte, daß Irland nicht anders glücklich werden könne als durch den Sturz der Fremdherrschaft und die Wiederherstellung der Selbstregierung. Die Agitation der Landliga überschritt alle erträglichen Grenzen, und die Verhaftung von nahezu 200 Personen steigerte die Erbitterung noch. Forster reiste im Oktober abermals nach Irland und ließ nun auch Barnell selbst verhaften; da die anderen Führer der Landliga das gleiche Schicksal zu gewärtigen hatten, verlegten sie den Sitz des Bundes nach Liverpool, wo die Zwangsbill keine Gültigkeit hatte; vor der Übersiedelung aber beschlossen sie einen Aufruf, in dem sie die Pächter aufforderten fortan jede Pachtzahlung zu verweigern, wogegen sie ihnen, wenn sie ausgewiesen wurden, Unterstützung aus den Mitteln der Landliga zusagten. Infolge dieses Aufrufes erklärte der Vizekönig am 20. Oktober die Landliga als eine ungesetzliche und verbrecherische Verbindung für aufgelöst und drängte sie dadurch wieder in das Dunkel des Geheimnisses zurück, in dem sie nicht minder wirksam weiter arbeitete; auch eine Frauenlandliga, die von Fräulein Anna Barnell, einer Schwester des Agitators, begründet war, wurde Ende Dezember geschlossen. Der Landgerichtshof war inzwischen von einer unendlichen Flut von Gesuchen bedrückter Pächter bestürmt worden: Ende November wurde die Zahl derselben auf 45 000 angegeben. Seine Entscheidungen fielen ganz überwiegend zu Gunsten der Pächter aus und zogen ihm den bitteren Haß der Grundbesitzer zu, von denen gar mancher der kleineren sich in seiner Existenz bedroht sah. Selbst Mitglieder des Kabinetts fingen an sich bedenklich über diese Seite der Sache zu äußern; in London bildete der Lordmayor ein Komitee zur Unterstützung nothleidender Grundbesitzer; diese selbst traten in großer Zahl zu Dublin zusammen und forderten unter Protest gegen die Durchführung der Landakte gesetzliche Entschädigung für die ihnen zugefügten Verluste.

Barnells Ver-
haftung.

Wirkungen der
Landbill.

Es
Umständ
die Köni
fortwähr
über 40
mitglie
welche d
gründun
noch übe
Fortdau
Über sei
in Schw
Landakte
sich nicht
sondern
mit 68
ging oh
digten G
der Mit
den irisc
herigen
müsse.
der mit
dem die
1881 ge
Liverpo
als der
gierung
1. Mai
richtet n
Kauffun
zuzahlen
3 1/2 Pr
amortisi
Di
zwei un
teilte G
Barnell
los frei
Meinun
halb —
Carl C
auf Ve
der rück
liten R

Es klang doch etwas befremdlich, wenn Gladstone unter diesen Umständen bei der Eröffnung des Parlamentes am 7. Februar 1882 die Königin von Merkmalen der Besserung in Irland reden ließ; die fortwährend sich mehrenden Verhaftungen, deren Zahl damals schon über 400 hinausging, die Wahl des Feniers Davitt zum Parlamentsmitglied für Meath, die erstaunlichen Enthüllungen über die Geldmittel, welche der Landliga zur Verfügung standen — sie hatte seit ihrer Begründung beinahe 4 Millionen Mark eingenommen und Anfang April 1882 noch über eine Million in Kassa — alles das ließ weit eher auf die Fortdauer der schlimmen Zustände als auf eine Besserung schließen. Über seine ferneren Absichten hüllte sich das Ministerium monatelang in Schweigen; einem Beschluß des Oberhauses, das die Wirkungen der Landakte durch einen Ausschuß untersuchen lassen wollte, widersetzte es sich nicht bloß dadurch, daß Forster seine Mitwirkung versagen mußte, sondern auch durch eine Resolution des Unterhauses, die am 9. März mit 68 Stimmen Mehrheit angenommen wurde. Die Absicht der Lords ging ohne Zweifel dahin den Beweis zu liefern, daß für die geschädigten Grundbesitzer von Staatswegen etwas geschehen müsse; ja aus der Mitte der Torypartei ertönte sogar schon die Forderung, daß man den irischen Grundbesitz mit Staatsmitteln expropriieren und den bisherigen Pächtern den Ankauf durch allmähliche Abzahlung erleichtern müsse. Kein Geringerer als der frühere Marineminister Smith war es, der mit diesem Plane an die Öffentlichkeit trat, und Lord Salisbury, dem die Führung der Partei oblag, seit Lord Beaconsfield am 19. April 1881 gestorben war, befürwortete den Vorschlag auf einem Meeting in Liverpool. Nach diesen Erklärungen kam es nicht mehr überraschend, als der Ausschuß des Oberhauses, der trotz des Widerspruchs der Regierung seine Untersuchung durchgeführt hatte, in einem Berichte vom 1. Mai 1882 wirklich empfahl, es solle ein neues Landtribunal errichtet werden, das überall da, wo Pächter und Gutsherr sich über eine Kaufsumme geeinigt hätten, diese dem Verkäufer aus Staatsmitteln ausbezahlen habe, während der Käufer sie dem Staate entweder mit 3½ Prozent in 66 oder mit 4 Prozent in 40 Jahren verzinsen und amortisieren solle.

Die Diskussion dieses Planes wurde jedoch im Keime erstickt durch zwei unerwartete Ereignisse, welche die nächste Woche brachte. Zunächst teilte Gladstone im Unterhause mit, daß die Regierung beschloffen habe Parnell, Dillon und andere verhaftete Häupter der Landliga bedingungslos freizulassen, weil sie sich davon eine Beruhigung der öffentlichen Meinung verspreche; Forster teile diese Ansicht zwar nicht und sei deshalb — wie ein paar Tage früher schon der Vizekönig für Irland, Earl Cowper — zurückgetreten; die Regierung gedenke keinen Antrag auf Verlängerung der Zwangsbill einzubringen, wohl aber den Erlaß der rückständigen Pachtsummen auf Grundlage eines von dem Parnelliten Redmont eingebrachten Entwurfes zu beantragen; er habe die Mit-

Vorschläge der
Lords.

Der Pakt von
Hilmainham.

teilung erhalten, daß die Barnelliten sich dann auf die Seite der gesetzlichen Ordnung stellen würden; dagegen sei es nicht wahr, daß er mit denselben in dem Gefängnis von Kilmainham, wo sie verhaftet gewesen waren, einen förmlichen Vertrag geschlossen habe — eine Versicherung, die, buchstäblich wahr, doch bald in ein seltsames Licht gerückt wurde, als man erfuhr, daß ein gewisser Kapitän O'Shea in einem Briefwechsel mit Chamberlain einerseits und Barnell andererseits die Verständigung herbeigeführt habe.

Das Attentat
im Phönixpark.

Ehe die öffentliche Meinung sich mit dieser unerwarteten Wendung noch vertraut gemacht hatte, kam aus Dublin die erschütternde Nachricht, daß Forsters Nachfolger, Lord Cavendish, ein Bruder Hartingtons, und der Unterstaatssekretär für Irland Bourke am 6. Mai, wenige Stunden nach ihrer Ankunft, auf einem Spaziergang im Phönixpark von zwei Männern, die aus einer Droschke gesprungen und in dieser wiederentflohen seien, erdolcht wären. Alle Bemühungen der Mörder habhaft zu werden blieben vorerst fruchtlos; aber instinktiv sagte man sich, daß dieser Frevel die Antwort einer unversöhnlichen Gruppe auf die Annäherung der Barnelliten an die Regierung sei. Die späteren Enthüllungen bestätigten das. Nachdem man endlich den Droschkenkutscher ausfindig gemacht und dadurch einen Faden in die Hand bekommen hatte, wurde festgestellt, daß ein Geheimbund der Unbesiegbaren (Invincibles) mit einer geheimnisvollen Numero Eins an der Spitze die Ermordung aller höheren englischen Beamten geplant und das Attentat auf Cavendish und Bourke durch zwei Genossen, Brady und Kelly, habe ausführen lassen. Trotzdem blieb eine sehr schwere moralische Verantwortlichkeit auch auf Barnell und seinen näheren Freunden haften, da ihre aufhegenden Reden jene frevelerischen Pläne großgezogen hatten. Ihr Manifest vom 7. Mai 1882, in dem sie die Mordthat brandmarkten, fand deshalb auch eine ziemlich kühle Aufnahme.

Neue Zwangs-
bill.

Von einem Verzicht auf die Fortdauer der Zwangsgesetzgebung konnte nun nicht wohl mehr die Rede sein. Schon am 11. Mai brachte der Minister des Inneren, Harcourt, eine Bill ein, welche dem Vizekönig — es war dies jetzt Lord Spencer — und den Polizeibehörden ausgedehnte Vollmachten verlieh und die Aburteilung von Agrarverbrechen in den gefährdeten Bezirken von den Geschworenen auf Kollegialgerichte von drei Mitgliedern übertrug. Eine so starke Beschränkung der Freiheit, wurde versichert, sei seit Heinrichs VIII. Zeiten nicht dagewesen. Die Barnelliten erhoben sich heftig dagegen, und auch manche Radikale begannen zu murren; dagegen versprachen die Tories der Bill ihre Unterstützung und trotz der planmäßigen Obstruktion der Barnelliten wurde dieselbe am 1. Juli am Schluß einer ununterbrochenen 32 stündigen Sitzung vom Unterhause, am 11. Juli vom Oberhause angenommen. Auch die Pachtrückstandsbill war in dieser Zeit durch die ersten Stadien der Beratung gelaufen: sie bestimmte, daß von drei rückständigen Jahrespächten der Grundherr die eine zu erlassen habe, die zweite aber von dem Pächter

Die Pachtrück-
standsbill.

und die d
haufe jetzt
stimmung
nachdem d
und am
Inzu
Mordverf
tate in ve
der agrar
im ersten
ganz auf
ringeren
gründet s
doch rund
folgung p
befassen,
barmung
daß seit
urteilung
es, daß
„Irish W
für die L
nell ihre
der letzte
besucht a
„national
aber es r
des Tort
kannte.
fennbar
teil, sond
gereizt.
Unterdrü
Das
antwortu
eignis.
diesem M
Carey, i
einem de
Kapland
mann de
geschäftli
drohung
geheimni
Regierun

und die dritte aus dem irischen Kirchenfonds erhalten solle; im Oberhause setzte Salisbury zwar durch, daß in jedem Einzelfalle die Zustimmung des Gutsherrn zu diesem Abkommen gefordert würde; allein nachdem das Unterhaus dies abgelehnt hatte, fügten sich auch die Lords, und am 10. August wurde das Gesetz perfekt.

Inzwischen war Irland der Schauplatz immer neuer Morde und Mordversuche geblieben; es kam vor, daß an einem Tage vier Attentate in verschiedenen Gegenden verübt wurden, und wenn die Gesamtzahl der agrarischen Verbrechen sich auch erheblich verminderte (von 1417 im ersten Quartal 1882 auf 526 im dritten), so fiel die Abnahme doch ganz auf die geringfügigeren Vergehungen und konnte leicht in der geringeren Beachtung, die man diesen infolge der Gewöhnung schenkte, begründet sein. Erklärte der neue Staatssekretär von Irland, Trevelyan, doch rund heraus, daß die Regierung entschlossen sei sich mit der Verfolgung politischer Schriften, Reden und Versammlungen nicht mehr zu befassen, dafür aber dem Verbrechen und der Gewaltthat einen erbarmungslosen Krieg anzukündigen. Mit Befriedigung nahm man wahr, daß seit Jahren zum erstenmal in Limerick die Überführung und Verurteilung eines agrarischen Mörders gelang; noch beruhigender schien es, daß die amerikanischen Fenier mit Parnell brachen und daß die „Irish World“ in New York, die in drei Jahren etwa 1½ Millionen Mark für die Landliga gesammelt hatte, unter heftigen Vorwürfen gegen Parnell ihre Geldsendungen einstellte. Die zweite Nationalkonvention, welche der letztere im Oktober 1882 in Dublin veranstaltete, war weit schwächer besucht als die des vorigen Jahres; sie begründete zwar eine neue „nationale Liga“ und stellte ein durchaus radikales Programm auf; aber es war doch beachtenswert, daß Parnell sich dabei als Anhänger des Toryplanes in bezug auf die Expropriation des Grundbesitzes bekannte. Eine Annäherung der englischen und irischen Ideen war unverkennbar im Werke; aber freilich nahm die extreme Partei daran nicht teil, sondern wurde dadurch nur noch mehr zu fanatischen Frevelthaten gereizt. Ihr gegenüber gab es keine andere Hilfe als die gewaltsame Unterdrückung.

Daß es im Februar 1883 gelang die Phönixparkmörder zur Verantwortung zu ziehen, war in dieser Richtung kein unbedeutendes Ereignis. Die ingrimmige Energie der „Unbesieglichen“ gab sich aber aus diesem Anlaß in erschreckender Weise dadurch kund, daß der Hauptzeuge, Carey, der sich durch seine Aussagen Straflosigkeit erkaufte, von einem der Verschworenen, Namens O'Donnell, bis Port Elizabeth im Kaplande verfolgt und dort niedergeschossen wurde, während der Obmann der Jury, welche das Todesurteil über die Mörder gefällt hatte, geschäftlich und gesellschaftlich in die Acht gethan und durch die Bedrohung seines Lebens zur Flucht aus Irland genötigt wurde. Der geheimnisvollen Nummer Eins auf die Spur zu kommen gelang der Regierung nicht, obgleich Carey verraten hatte, daß es ein gewisser

Die Zustände
auf der Insel.

Die Invin-
cibles.

Tynan sei. Eine Dynamitexplosion im Gebäude des Lokalgovernment-Ministeriums, die Entdeckung einer Niederlage von Nitroglycerin in London, einer Dynamitfabrik in Cork und anderer ähnlicher Veranstaltungen lehrten, daß die Drohungen O'Donnovan Rossas und seiner Bande, die in New York ungestört ihre Vorbereitungen treffen konnten, doch mehr als bloße Prahlerei seien: weder durch die Dynamitbill, welche das Ministerium binnen zwei Tagen durch beide Häuser des Parlaments brachte, noch durch die schwere Bestrafung der amerikanischen Sendlinge und ihrer inländischen Gehilfen, die zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt wurden, ließ sich das Gefühl der Sicherheit wiedergewinnen; kaum hatte sich die öffentliche Meinung etwas beruhigt, so kamen neue Attentate vor, wie am 30. Oktober 1883 die beiden Dynamitexplosionen auf der unterirdischen Eisenbahn in London, und erregten neues Entsetzen. Rossa aber hielt unbehellig seine Meetings ab und veröffentlichte seine Zeitungsartikel, in denen er die wildesten Drohungen gegen England ausstieß.

Der Katholizismus.

In ihrem Bestreben überall nach Gegenmitteln zu suchen war die Regierung auch dahin gekommen die Einwirkung des Papstes auf die katholische Geistlichkeit Irlands zu erbitten, und Leo XIII. erfüllte diesen Wunsch nicht allein durch Breves an die Bischöfe und den Klerus der Insel, sondern auch dadurch daß er den Erzbischof Cooke, einen der leidenschaftlichsten Beförderer der nationalen Bewegung, nach Rom berief um ihm persönlich Vorstellungen zu machen. Bemerkenswerte Wirkungen wurden dadurch nicht erzielt. Naturgemäß begünstigte die Geistlichkeit mehr die parnellitische Richtung als die Dynamitarden, und jene gewann denn auch im Laufe des Jahres wieder mehr an Einfluß. War Parnell zeitweilig durch den Pakt von Kilmainham einigermaßen zwischen zwei Stühle geraten, so wußte er sich mit Hilfe der neuen Nationalliga doch allmählich wieder die frühere Stellung zurückzuerobern; selbst in der protestantischen Provinz Ulster suchte er Fuß zu fassen, allerdings mit geringem Erfolge, da ihm hier auf seiten der Orange-men eine ebenbürtige Energie gegenübertrat; in den übrigen Teilen der Insel aber war sein Einfluß dem der Regierung weit überlegen und zuversichtlich verkündigte er, daß diese bald werde kapitulieren müssen: über kurz oder lang werde sie eine lokale Selbstregierung für Irland beantragen, die vielleicht nicht sofort allen Forderungen genüge, aber die volle Befriedigung der nationalen Wünsche anbahne. Das Landgesetz von 1881 that seiner Agitation gewiß nicht unerheblichen Abbruch; waren doch infolge desselben die Pächten um etwa 20 Prozent zurückgegangen; auch die Pächtrückstandsbill mochte manchen verbitterten Patrioten besänftigt haben; denn auf Grund derselben waren etwa 13 000 Pächtern mehr als 16 Millionen Mark an Rückständen erlassen; aber daß trotzdem die große Masse des irischen Volkes hinter Parnell stand, bezeugte das Dubliner Riesenbankett vom 11. Dezember 1883, bei dem ihm ein Ehrengeschenk von 750 000 Mark übergeben werden konnte und auf dem er

Parnell.

triumphie
Stamm
gieren sol
In
ein. D
die Jahre
bald war
bahnen o
lamentäsp
allein im
gewisse
regte sich
gegen da
lähmte;
haltene
mochte n
hielt sich
blick ab,
lung emp
den näch
reform,
deutung
Unterhan
Erfüllun
regieren
In
die Regi
haus zu
dadurch
können.
folgte 18
zulässig
unter 40
Tories
die Deba
viele Ro
zember
Regierun
Sprecher
dann, w
selben d
sondern
Ein
durch m
dabei sel

triumphierend prophezeigte, bei den nächsten Wahlen werde der irische Stamm den Ausschlag geben, ob Whigs oder Tories in England regieren sollten.

In Erwartung dieses Zeitpunktes trat eine gewisse Ruhe im Kampfe ein. Die Dynamitarden setzten freilich ihre Anschläge unablässig fort; die Jahre 1884 und 1885 waren daran nicht ärmer als ihre Vorgänger; bald waren es die Bahnhöfe und Tunnels der unterirdischen Eisenbahnen oder die London-Bridge, bald ein Ministerialgebäude, der Parlamentspalast oder der Tower, der durch eine Explosion gefährdet wurde; allein im ganzen verliefen diese Attentate merkwürdig glücklich und eine gewisse Abstumpfung gegen die Gefahr machte sich bemerklich. Auch regte sich in den Vereinigten Staaten eine kräftige moralische Opposition gegen das verruchte Treiben der Irländer, die deren Energie doch etwas lähmte; auch das Attentat einer Lehrerin auf Kossa und die darin enthaltene Warnung, daß gleiches mit gleichem vergolten werden könne, mochte nicht ganz ohne Wirkung geblieben sein. Die parnellitische Partei hielt sich ersichtlich aus Klugheitsgründen zurück; sie wartete den Augenblick ab, wo die Neuwahlen sie zu der erhofften, ausschlaggebenden Stellung emporheben sollten. Das parlamentarische Interesse wandte sich in den nächsten beiden Jahren theils anderen inneren Fragen, wie der Wahlreform, theils der auswärtigen Politik zu; an ihrer beherrschenden Bedeutung aber verlor die irische Frage nichts, und als Ende 1885 das Unterhaus erneut wurde, ging Parnells Prophezeiung buchstäblich in Erfüllung: es lag in der Hand der Iren, ob die Whigs oder die Tories regieren sollten.

Zeitweiliges
Zurücktreten
der irischen
Frage.

In den Jahren des heftigsten parlamentarischen Kampfes hatte sich die Regierung, wie früher schon erwähnt, genötigt gesehen das Unterhaus zu einer Beschränkung seiner Geschäftsordnung aufzufordern um dadurch der Obstruktionspolitik der Irländer besser entgegentreten zu können. Der vorläufigen Maßregel, die im Jahre 1881 getroffen war, folgte 1882 eine weitere Vorlage, kraft deren der Schluß der Debatte zulässig sein sollte, wenn die Mehrheit 200, oder, falls die Minderheit unter 40 betrage, 100 Stimmen zähle. Dagegen setzten sich auch die Tories zur Wehr, die höchstens einer Zweidrittelmehrheit das Recht die Debatte zu schließen zugestehen wollten, und nicht minder bekämpften viele Radikale diese Beschränkung der Redefreiheit. Bis Anfang Dezember zogen sich die Verhandlungen in die Länge; doch bekam die Regierung am Ende ihren Willen; übrigens durfte auch fortan nur der Sprecher den Antrag auf Schluß der Debatte stellen, und zwar nur dann, wenn der Gegenstand genügend diskutiert und die Erledigung desselben der augenfällige Wille des Hauses, d. h. nicht der einen Partei, sondern der Mehrheit beider Parteien sei.

Debatten-
schluß.

Eine andere Frage der parlamentarischen Geschäftsordnung zog sich durch mehrere Sessionen hindurch und erregte die Wähler, deren Rechte dabei sehr ernstlich bedroht wurden, in ungewöhnlicher Weise. Bei den

Drablaugh.

Wahlen von 1880 war in Northampton der Radikale Bradlaugh gewählt, der sich offen als Atheist bekannte und demgemäß an das Haus das Verlangen stellte von dem für ihn bedeutungslosen Eide dispensiert zu werden und statt dessen, wie es den Quäkern „und anderen“ durch Parlamentsakte gestattet sei, eine feierliche Erklärung abgeben zu dürfen. Dieses Ersuchen wurde jedoch von dem Hause abgeschlagen, und als Bradlaugh darauf erklärte sich der Eidesleistung fügen zu wollen, sprach ihm die Mehrheit auch dazu das Recht ab. Dieses Verfahren bezeichnete er als ungesetzlich und bestand darauf den Eid zu leisten, so daß der Sprecher schließlich befahl ihn in das Parlamentsgefängnis abzuführen. Den drohenden Konflikten schien jedoch glücklich dadurch die Spitze abgebrochen zu werden, daß auf Gladstones Antrag nach mehrtägigen Debatten am 2. Juli 1880 beschlossen wurde, es sei jedem Mitgliede zu gestatten statt des Eides eine bloße Erklärung abzugeben, wenn es glaube durch die Parlamentsakte dazu berechtigt zu sein; allein es geschehe das auf seine eigene Verantwortung; es müsse also gewärtigen, daß auf erhobene Klage der Richter ihm das Recht abspreche und die Strafen verhängen, mit denen die unberechtigte Ausübung parlamentarischer Funktionen bedroht sei. Bradlaugh war bereit diese Gefahr zu laufen und gab seine feierliche Erklärung ab. Seine Gegner aber erwirkten darauf in der That einen Richterspruch, der ihn für nicht berechtigt erklärte auf Grund einer bloßen Erklärung im Parlamente abzustimmen, ihn in 500 Pfund Strafe verurteilte und seine Wahl kassierte. Allein Northampton wählte ihn zum zweitenmal und er gedachte nun am 27. April 1881 ohne weiteres den Eid zu leisten. Ehe er das aber ausführen konnte, erhob sich der Führer der Opposition Sir St. Northcote und setzte durch, daß eine Mehrheit von 33 Stimmen ihm dies untersagte. Es kam zu stürmischen Szenen, die am Ende durch die Vertagung des Hauses unterbrochen werden mußten. Eine Zeitlang wartete Bradlaugh nun ab, ob es Gladstone gelingen werde eine Bill durchzubringen, die jedem, der vor Gericht statt des Eides eine Erklärung abgeben durfte, dies auch vor dem Parlamente gestatten sollte. Als aber die Möglichkeit diesen Antrag in der laufenden Session durchzubringen schwand, stellte er sich wieder im Hause ein und wurde endlich am 3. August von den Parlamentspolizisten gewaltsam entfernt, wobei er eine erhebliche Verletzung erlitt. Mittlerweile hatte er sich aber an das Land gewandt und zahllose Meetings, an einem einzigen Abend einmal 140, erhoben ihre Stimme für ihn; auch erklärte Gladstone, daß die Regierung in der nächsten Session für ihn eintreten werde. Dennoch erreichte die Opposition auch 1882 ihren Willen und schloß Bradlaugh abermals aus; da benutzte dieser am 21. Februar einen günstigen Augenblick um an den Tisch des Hauses heranzutreten und in aller Eile, aber auch in aller Form, den Eid zu leisten und zu unterschreiben. Nachdem sich die Aufregung über diesen seltsamen Vorgang gelegt, befahl der Sprecher Bradlaugh das Haus zu verlassen, was derselbe nach einigem

Widerstreit
daß er die
Sofort w
konnte, du
Für die
dann im
er auch e
lich nur
er sich w
trag wie
Befehl ih
dagegen d
erklärten;
Kläger, v
Befugnis
die Straf
einer Gell
gelang es
nun wied
nach eini
aber die
unberecht
Spruch i
also jezt
zuwege h
nochmals
Bei den
er am 13
zu, inder
ins Ober
also Bra
gekämpft.
Wie
Verhand
heiten in
Whigs r
des Min
von ihm
Oppositi
starb un
im Unte
Vorgäng
Die Th
Bedauer
fallen z

Widerstreben that; die Mehrheit aber beschloß nach zweitägiger Debatte, daß er durch sein ungeschickliches Benehmen sein Mandat verwirkt habe. Sofort wiedergewählt sah er sich doch, noch ehe er sich zum Eide melden konnte, durch einen neuen Beschluß des Hauses abermals ausgeschlossen. Für die Dauer dieser Session beruhigte er sich dabei und als Gladstone dann im Februar 1883 endlich die versprochene Bill einbrachte, willigte er auch ein das Schicksal derselben abzuwarten. Erst als dieselbe, freilich nur mit 3 Stimmen Mehrheit, am 3. Mai abgelehnt war, stellte er sich wieder persönlich im Hause ein und wurde auf Northcotes Antrag wiederum ausgewiesen; überdies erhielt der Sergeant-at-arms Befehl ihn gewaltsam vom Sitzungssaale fernzuhalten. Bradlaugh rief dagegen den Beistand der Gerichte an, die sich jedoch für inkompetent erklärten; dagegen focht er siegreich seine Behauptung durch, daß die Kläger, welche 1880 seine Verurteilung herbeigeführt hatten, gar keine Befugnis zur Klage besaßen hätten, was zur Folge hatte, daß er selbst die Straffsumme nicht zu zahlen brauchte, während seine Gegner zu einer Geldzahlung verurteilt wurden. Bei Beginn der Session von 1884 gelang es ihm zum zweitenmal den Eid wirklich zu leisten; er wurde nun wiederum ausgeschlossen, legte sofort sein Mandat nieder und war nach einigen Tagen zum drittenmal wiedergewählt. Inzwischen hatte aber die Regierung auf Beschluß des Hauses Klage gegen ihn wegen unberechtigter Teilnahme an den Abstimmungen erheben müssen und der Spruch des Richters fiel wie 1880 gegen ihn aus; seine Sache stand also jetzt hoffnungslos, solange nicht Neuwahlen eine andere Majorität zuwege brachten. Er begnügte sich daher in der Session von 1885 sich nochmals zur Eidesleistung zu melden und sich dann still zu verhalten. Bei den Herbstwahlen dieses Jahres wurde er wiedergewählt und als er am 13. Januar 1886 sich zum Schwure meldete, ließ ihn der Sprecher zu, indem er die Einrede von Hicks-Beach (Northcote war inzwischen ins Oberhaus übergetreten) für unzulässig erklärte. Thatsächlich hatte also Bradlaugh sein und seiner Wähler gutes Recht erfolgreich durchgekämpft.

Wie wenig geschlossen die Regierungspartei war, hatte sich bei diesen Verhandlungen sehr deutlich gezeigt; denn die Tories hatten ihre Mehrheiten immer nur dem Umstande zu danken, daß ein Teil der alten Whigs mit ihnen stimmte. Natürlich wurde dadurch auch die Energie des Ministeriums gelähmt und die bedeutenderen Reformen, die man von ihm erwartete, blieben vorerst unangerührt. Eine Schwächung der Opposition trat auch nicht ein, als Lord Beaconsfield am 19. April 1881 starb und die Führung der Partei im Oberhause an Lord Salisbury, im Unterhause an Sir Stafford Northcote überging, die beide ihrem Vorgänger doch an Autorität und geistiger Bedeutung nicht gleichkamen. Die Thronrede selbst mußte beim Schluß der Session von 1881 dem Bedauern Ausdruck geben, daß die Regierung viele wichtige Maßregeln fallen zu lassen genötigt sei und daß das Parlament trotz beispielloser

Parteiabhält-
nisse.

Anstrengungen nicht vermocht habe die gesetzgeberischen Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. Diese Unfruchtbarkeit des liberalen Parlamentes wurde um so peinlicher empfunden, als mancherlei neue Forderungen aufzutauchen begannen, die entweder kräftige Unterstützung oder entschiedene Bekämpfung seitens der Regierung beanspruchten. Dahin gehörte einerseits die Wiederbelebung der Schutzollpartei, die sich zunächst mit dem Schlagworte des fair trade, d. h. der Reziprozität und der Retorsionszölle, einführte, und andererseits die Forderung der schottischen und englischen Pächter auch ihnen ähnliche Erleichterungen ihrer Lage zu verschaffen, wie sie ihren irländischen Standesgenossen durch die Landakte bereitet waren. Selbst die Ideen des amerikanischen Sozialpolitikers Henry George, der das Privateigentum an mobilem Besitz zwar anerkannte, aber die „Nationalisierung“ des gesamten Grundeigentums befürwortete, fanden in England schon lebhaften Anklang und wurden beispielsweise im September 1882 von dem Kongreß der Gewerksvereine in sein Programm aufgenommen. Daß es in der Session von 1883 gelang zwei Bills zu Gunsten der englischen und der schottischen Pächter durch beide Häuser zu bringen, war jedenfalls ein wirksamer Schritt gegen die weitere Verbreitung sozialistischer Ideen in ländlichen Kreisen.

Übrigens verhehlte sich Gladstone schwerlich, daß die Sympathieen des rechten Flügels der Whigs ihm immer mehr verloren gingen und daß die Tories die schwankenden Wählerschichten zu sich herüberzogen; gelegentliche Nachwahlen zum Parlament und mehr noch die Gemeindevahlen ließen deutlich das Anwachsen der konservativen Strömung erkennen. Wenn er nun einerseits auch auf seine konservativeren Anhänger thunlichst Rücksicht nahm und sie unter seiner Fahne festzuhalten suchte, so konnte er eine Verstärkung seiner Stellung doch nur dadurch erhoffen, daß er die Radikalen begünstigte und ihren Einfluß im Lande beförderte. Es war für ihn deshalb kein erfreuliches Ereignis, daß John Bright im August 1882 aus dem Kabinette austrat, weil er dessen Politik in Ägypten nicht unterstützen wollte; umsomehr aber war er darauf bedacht der Linken dafür andere Stellen zur Verfügung zu stellen. So war Trevelyan an Forsters Stelle getreten, Dilke wurde ins Kabinett aufgenommen und Dobson Brights Nachfolger im Kanzleramte für Lancashire. Gladstone selbst legte am 13. Dezember 1882, an welchem Tage er sein 50 jähriges Parlamentsjubiläum feierte, die Leitung der Finanzen nieder, die Childers übernahm; mehrere andere Minister wechselten ihre Posten und für die Kolonien trat Lord Derby, der allerdings für eine Verstärkung des rechten Flügels gelten konnte, neu ein.

Die dringlichste Forderung des linken Flügels der Regierungspartei richtete sich auf Fortführung der Wahlreform; zum mindesten sollte die Wahlberechtigung auch in den Grafschaften auf die Mieter ausgedehnt, womöglich aber das allgemeine Stimmrecht, eine gleichmäßige Größe der Wahlbezirke und die Einführung von Diäten für das Unterhaus durchgesetzt werden. Gladstone persönlich gab wiederholt die Versicherung

ab, daß Reformvor
Umfanges
Minister
wies die
Bemerkung
Aktionsfre
freiheit für
lassen, son
stark das
auch im
in Notting
lebigung
erklärte.
nach und
Wähler v
ausschließ
sitzte sollte
Session d
die Tories
aber im
Gesetz mi
Durchfüh
so sichere
Oberhaus
geblich h
gesucht, d
für die n
ab, weil
war; aus
Wemyß
Oktober
werde, u
einer Her
rechtes u
gebracht
Nac
Session
das Ober
seiner g
Regierun
Parteitag
empfohle
in einem
Frage ge

ab, daß er vor Ablauf der Wahlperiode dem Parlamente eine neue Reformvorlage machen werde; doch vermied er es sich hinsichtlich des Umfanges derselben zu binden. Dagegen sprach Chamberlain trotz seiner Ministerstellung sich für die allerweitestgehenden Forderungen aus und wies die Vorwürfe, welche die Whigs ihm deshalb machten, mit der Bemerkung zurück: seine Partei opfere im gemeinsamen Interesse ihre Aktionsfreiheit für die Gegenwart; allein daß man ihr die Meinungsfreiheit für die Zukunft verkümmern wolle, werde sie sich nicht gefallen lassen, sondern lieber auf das Bündnis mit den Whigs verzichten. Wie stark das Verlangen nach Wahlreform im Lande war, ergab sich übrigens auch im Herbst 1883 aus den Beschlüssen des Gewerkvereinskongresses in Nottingham und des liberalen Parteitages in Leeds, der die Erledigung dieser Frage für die notwendigste Aufgabe der nächsten Session erklärte. Gladstone kam denn auch dem lebhaft geäußerten Verlangen nach und legte im Februar 1884 eine Bill vor, durch welche die Zahl der Wähler von $3\frac{1}{4}$ auf mehr als 5 Millionen erhöht wurde, und zwar ausschließlich in den Graffschaften; eine Neuverteilung der Abgeordneten-sitze sollte damit aber nicht verbunden sein, sondern erst in der kommenden Session durch ein neues Gesetz erfolgen. Diesen letzteren Punkt machten die Tories hauptsächlich zum Gegenstande ihrer Angriffe, vermochten aber im Unterhause weder den Antrag, daß die Neuverteilung in dieses Gesetz mit aufgenommen werde, noch den Zusatz, daß dasselbe erst nach Durchführung der Neuverteilung in Kraft treten solle, durchzusetzen. Um so sicherer waren sie freilich der Ablehnung des Gesetzes durch das Oberhaus, die am 9. Juli mit 205 gegen 146 Stimmen erfolgte. Vergeblich hatte Gladstone die Peers dadurch zum Nachgeben zu bewegen gesucht, daß er die Verpflichtung zum Einbringen einer Neuverteilungsbill für die nächste Session übernehmen wollte: die Toryführer lehnten das ab, weil nicht die Bill an sich, sondern ihr Inhalt für sie das wichtigste war; aus demselben Grunde verwarf das Haus den Vorschlag des Lords Bemyß der Reformbill zuzustimmen mit der Bedingung, daß schon im Oktober in einer außerordentlichen Session die Einteilungsbill vorgelegt werde, und forderte statt dessen auf Lord Cadogans Antrag, daß in einer Herbstsession eine neue Bill, welche die Ausdehnung des Stimmrechtes und die Neuverteilung der Wahlkreise gleichzeitig ordne, eingebracht werde.

Nach Erledigung der notwendigsten Geschäfte wurde darauf die Session geschlossen und es begann im ganzen Lande eine Agitation gegen das Oberhaus, dessen Umgestaltung oder selbst völlige Beseitigung bei seiner gewohnheitsmäßigen Mißachtung des nationalen Willens der Regierung in zahlreichen Meetings, insbesondere auch von dem liberalen Parteitage, der von 2500 Delegierten der Lokalvereine besucht war, empfohlen wurde. Es gipfelte diese Bewegung endlich am 26. Oktober in einem Londoner Riesenmeeting, das gleichsam die Antwort auf die Frage gab, welche Gladstone zwei Tage vorher in dem wiederversammelten

Agitation gegen
das Oberhaus.

Annahme der
Reformbill.

Parlamente an Northcote gerichtet hatte: ob er glaube, daß nach einer wiederholten Verwerfung der Reformvorlage diese die einzige Frage vor dem Lande bleiben werde? Auch die Lords mußten sich diese Frage verneinen und traten deshalb den Rückzug an, zu dem das Ministerium ihnen eine goldene Brücke baute, indem es in vertrauliche Beratungen zwischen Gladstone, Salisbury und einigen Vertrauensmännern beider Parteien willigte, deren Zweck die Festlegung der wichtigsten Bestimmungen der Neuverteilungsbill sein sollte. Während das Oberhaus die Reformbill im Komitee beriet, einigte sich diese freie Konferenz dahin, daß die Zahl der Abgeordneten um 18 (auf 670) vermehrt, wahlberechtigte Städte von weniger als 15 000 Einwohnern mit den Landbezirken vereinigt werden, Städte bis zu 50 000 Einwohnern je einen, bis zu 165 000 je zwei Abgeordnete erhalten und London endlich 37 Mandate vergeben solle. Am 1. Dezember brachte Gladstone eine Bill auf dieser Grundlage ein und schon am 5. genehmigte das Oberhaus ohne Abstimmung die Reformbill, während das Unterhaus an demselben Tage die Einteilungsbill zur Spezialdiskussion zuließ, worauf das Parlament bis zum 19. Februar 1885 vertagt wurde.

Sturz des
Whigministe-
riums.

Die Erledigung der Wahlkreisbill erfolgte erst im Juni 1885 und zwar in dem Augenblicke, wo der Sturz des Ministeriums Gladstone entschieden war. Die Majoritäten, über welche dasselbe verfügte, waren zusehends kleiner geworden; gleich nach dem Wiederzusammentritte des Parlamentes behauptete es sich gegen ein Tadelsvotum, das Northcote gegen seine ägyptische Politik richtete, nur mit 14 Stimmen Mehrheit; auch bei der dritten Lesung der Wahlkreisbill am 11. Mai siegte es nur mit 17 Stimmen; ein Antrag der Opposition, wonach die Kosten für die Aufstellung der neuen Wählerlisten nicht von den Gemeinden, sondern vom Staate getragen werden sollten, unterlag gar nur mit drei Stimmen; endlich setzte die Opposition am 8. Juni 1885 mit 264 gegen 252 Stimmen eine Resolution von Hicks Beach durch, welche die zur Deckung des Defizits beantragte Erhöhung der Bier- und Spiritussteuer für unzulässig erklärte, weil nicht auch der Zoll auf Wein, der durch den Handelsvertrag mit Spanien gebunden war, erhöht werden konnte. Obwohl Gladstone vorher die Kabinettsfrage gestellt hatte, stimmten doch 6 Liberale mit den Tories, während 76 Parteigenossen fehlten; die Parnelliten gingen mit der Opposition. Das Ministerium erbat nun von der Königin seine Entlassung, und diese berief Salisbury um ihm die Regierung zu übertragen. Während er noch mit der Bildung seines Ministeriums beschäftigt war, nahm das Unterhaus am 15. Juni die Wahlkreisbill in der etwas abgeänderten Form, welche das Oberhaus derselben gegeben hatte, an.

Die Lage der
Tories.

Der Wechsel des Ministeriums erfolgte unter ziemlich ungewöhnlichen Verhältnissen. Trotz der Abstimmung vom 8. Juni hatte die unterlegene Partei doch noch die Mehrheit im Hause; gleichwohl konnten die Tories nicht zu einer Auflösung desselben schreiten, weil es

unmöglich
zu stellen
Erledigung
neue Vor-
dung des
die Zufid-
zeichneten
solches
selbst dar-
der Tory
des jung-
dem bedä-
Salisbury
mußte sic-
können.
selbst ein-
Stafford
Beach da-
schließlich
Oberhaus
erfolgen.
Hicks-Be-
Oberst
narvon
gewohnter
zum Abse-
der Päch-
Kaufmann
von 49
Schottlan-
Maßregel
junger M-
kehrungen
getroffen.
nachdem
Auflösung
Das
Propheze-
wurden
letzteren
zuführen
wo sie n-
sollten, v-
rungen f-
Oberhohe
Bulle. 1

unmöglich war die neuen Wählerlisten innerhalb der gesetzlichen Frist fertig zu stellen. Sie mußten also auf die Unterstützung der Whigs bei der Erledigung der notwendigen Geschäfte rechnen können und auf eigene neue Vorlagen vorderhand verzichten. Ehe Salisbury sich zur Bildung des Ministeriums bereit erklärte, wünschte er daher von Gladstone die Zusicherung zu erhalten, daß er die Regierung innerhalb der bezeichneten Grenzen gewähren lassen wolle, und erhielt dann auch ein solches Versprechen, wengleich nur in verklausulierter Form. Aber selbst damit waren noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Innerhalb der Torypartei hatte sich seit zwei bis drei Jahren unter der Führung des jungen Sir Randolph Churchill eine Gruppe abgesondert, die mit dem bedächtigen Vorgehen der anerkannten Parteiführer unzufrieden war. Salisbury gedachte derselben keinen Platz im Kabinette einzuräumen, mußte sich aber bald überzeugen, daß er dann gar keinen Halt gewinnen könne. Churchill hingegen war nicht einmal damit zufrieden, daß ihm selbst ein Ministerposten überlassen werde, sondern forderte, daß Sir Stafford Northcote die Führung des Unterhauses aufgabe und Hicks-Beach damit betraut werde. Auch diesem Verlangen mußte Salisbury schließlich nachgeben und Northcote wurde als Lord Idesleigh ins Oberhaus versetzt. Nun konnte die Kabinettsbildung endlich am 23. Juni erfolgen. Der Premier Salisbury übernahm auch das auswärtige Amt, Hicks-Beach wurde Schatzkanzler, Sir Richard Croft Minister des Inneren, Oberst Stanley Kolonialminister, Churchill Minister für Indien, Carnarvon Vizekönig von Irland. Das Parlament brachte dann mit ungewöhnlicher Schnelligkeit eine größere Anzahl von schwebenden Vorlagen zum Abschlusse. So wurde für Irland ein Gesetzesentwurf angenommen, der Pächtern, welche ihre Pachtgüter kaufen wollten, drei Viertel der Kaufsumme vorzuschießen gestattete und für die Rückzahlung eine Frist von 49 Jahren festsetzte; es wurde ein besonderes Ministerium für Schottland eingerichtet, an dessen Spitze der Herzog von Richmond trat; Maßregeln zur Verbesserung der Arbeiterwohnungen und zum Schutze junger Mädchen wurden angenommen und die nötigen finanziellen Vorkehrungen zur Deckung des Defizits durch Ausgabe von Schatzanweisungen getroffen. Am 14. August konnte die Session geschlossen werden und, nachdem die Wahlvorbereitungen beendet waren, am 18. November die Auflösung des Unterhauses erfolgen.

Das Ergebnis der Neuwahlen sollte in bemerkenswerter Weise die Prophezeiung rechtfertigen, welche Parnell so oft wiederholt hatte: es wurden 333 Liberale, 251 Tories und 86 Parnelliten gewählt; die letzteren hatten also das Heft in der Hand. Um dies Ergebnis herbeizuführen war von Parnell die Losung ausgegeben, daß alle Irländer, wo sie nicht selbst den Sieg erringen konnten, für die Tories stimmen sollten, obgleich Gladstone in seinem Wahlprogramm den irischen Forderungen soweit entgegengekommen war, daß er der Insel jede mit der Oberhoheit der Krone, der Einheit des Reiches und der Autorität des

Das Ministerium Salisbury.

Die Neuwahlen.

Parlamentes verträgliche Selbständigkeit zu gewähren sich bereit erklärte. Hätten die Irländer bei den Wahlen für die Whigs gestimmt, so würden diese eine überwältigende Mehrheit gewonnen haben: in richtiger Berechnung aber sagte sich Parnell, daß dann der rechte Flügel mit den Tories vereint die Zugeständnisse an Irland doch vereiteln würde, während die Homerulers sich jetzt mit der Hoffnung schmeicheln durften den Preis ihres Beistandes der einen oder der anderen Partei auferlegen zu können. Mit berechtigter Spannung durfte man daher den Entwicklungen entgegensehen, welche das Jahr 1886 in der inneren Politik Großbritanniens herbeiführen mußte.

Auswärtige
Politik.

In der auswärtigen Politik hatte während der letzten Jahre die ägyptische Frage alle anderen an Wichtigkeit überragt. Wir müssen uns jedoch zunächst den übrigen Konflikten zuwenden, die seit 1870 den britischen Ministerien in großer Zahl viel Sorge bereiteten. Des Alabamastreites und seiner Schlichtung ist bereits früher gedacht worden; ebenso hat die centralasiatische Politik Englands und seine Stellung in den kritischen Momenten der orientalischen Frage in anderem Zusammenhange erzählt werden müssen. Die meisten übrigen Verwickelungen wurden durch die schwierigen Verhältnisse des ausgedehnten Kolonialreiches herbeigeführt. Ostindien hatte auch abgesehen von den Wirren in Afghanistan und Beludschistan seinen reichlichen Anteil daran. Am 8. Februar 1872 war der Bizekönig Lord Mayo auf den Andamanen von einem Fanatiker ermordet worden. Seinem Nachfolger, Lord Northbrook, fiel die schwere Sorge zu während der Hungersnot von 1873—1874 die Ernährung der 18 Millionen, die in den notleidenden Distrikten wohnten, zu sichern, d. h. Ersatz für einen Ernteausfall zu schaffen, den man auf 70 Millionen Centner Reis schätzte. Dank der Erweiterung des Eisenbahnnetzes, das bereits 11 000 Kilometer umfaßte, und dank dem Eifer der Regierung gelang das so gut, daß nur 30 Menschen Hungers gestorben sein sollen, während bei der letzten Hungersnot von 1866 und bei der folgenden von 1877 mehr als eine Million diesem Schicksal erlag. Das Toryministerium von 1874 bethätigte sein Interesse für Indien dann, wie früher erzählt wurde, durch die Reise des Prinzen von Wales im Winter 1875 auf 1876 und die Proklamierung des Kaisertitels, die der von ihm ernannte Bizekönig Lord Lytton am 1. Januar 1877 mit großem Pomp in Delhi vollzog; auch der furchtbaren Hungersnot des nächsten Winters trat es mit rühmlicher Energie entgegen, so daß drei Millionen Menschen auf Staatskosten ernährt wurden; aber die Ausdehnung des Elends war so ungeheuer, daß die Zahl der Verhungerten trotzdem auf 1 350 000 geschätzt wurde. Im übrigen zog Lord Lytton die Zügel schärfer an, beschränkte die Truppenzahl der einheimischen Fürsten, führte die Zensur ein und eröffnete durch die Besetzung Quettas die neue Phase der Kämpfe in Beludschistan und Afghanistan. Damit noch nicht genug, entspannen sich auch ernstliche Konflikte mit dem jungen Könige Thibo von Birma, der nach alt-

Ostindien.

birmanische
Verwand
englischen
berufung

Der
stark fühl
zu der fri
auch inne
Preßfrei
ratende
Mitglie
zialbudge
ferung fi
reitwillig
ließen un
Die Eur
weniger
durch die
Richtern
wenigste
sich über
päischer
ähnlicher
in Indie
klärte si
von den
140 von
heit bes
Instanz
können.
die er a
und der
stratione
promiß,
nehmen
dessen
sei, die
zu ver
1884 w
päischn
worden,
bisherig
bereitete
zeugung
habe, n

birmanischer Sitte im September 1878 bei seiner Thronbesteigung seine Verwandten und deren Hofstaat ermorden ließ und sich weigerte den englischen Gesandten zu empfangen, was im Herbst 1879 zur Abberufung der Gesandtschaft aus Mandalay führte.

Der Eintritt des Whigregimentes machte sich in Indien besonders stark fühlbar, da der neue Vizekönig, der Marquis von Ripon, nicht allein zu der früheren friedlichen Grenzpolitik zurückzukehren suchte, sondern sich auch inneren Reformen mit großem Eifer zuwandte. So stellte er die volle Pressfreiheit wieder her und führte 1882 in den einzelnen Distrikten beratende Körperschaften ein, die theils aus ernannten theils aus erwählten Mitgliedern bestanden und besonders bei der Aufstellung des Provinzialbudgets mitwirken sollten. Daß er durch diese Politik die Bevölkerung für England günstig stimme, zeigte sich 1882 in der großen Bereitwilligkeit, mit welcher indische Truppen sich nach Aegypten schicken ließen um dort gegen ihre muhammedanischen Glaubensgenossen zu kämpfen. Die Europäer in Indien waren mit einigen Maßregeln des Vizekönigs weniger zufrieden, besonders erregte es großen Unwillen als er 1883 durch die sog. Albertbill die Europäer für gewisse Fälle den eingeborenen Richtern unterstellen wollte. In England selbst fand dieser Vorschlag wenigstens bei den Radikalen lebhaftere Unterstützung; sie interessierten sich überhaupt für die Erziehung der indischen Bevölkerung zu europäischer Civilisation und bildeten einen Indischen Verein, der sich mit ähnlichen aus Muhammedanern, Hindus und Persern gebildeten Vereinen in Indien in Verbindung setzte. Ein großes Meeting in London erklärte sich auf Brights Befürwortung zu Gunsten der Albertbill; auch von den indischen Distriktsbehörden stimmte eine ansehnliche Minderheit, 140 von 345, derselben zu. Gegenüber dem Widerspruche der Mehrheit beschränkte Lord Ripon jedoch die Gültigkeit der Bill auf die höheren Instanzen ohne dadurch die Opposition der Europäer beschwichtigen zu können. Bei der Eröffnung einer großen internationalen Ausstellung, die er am 1. Dezember 1883 in Kalkutta in Gegenwart des Herzogs und der Herzogin von Connaught vollzog, war er heftigen Demonstrationen ausgesetzt. Am Ende verständigte man sich über ein Kompromiß, das dem Europäer, der vor einem indischen Obergericht Recht nehmen mußte, gestattete statt dessen einen Schwurgerichtshof zu fordern, dessen Mehrheit aus Weißen bestehe, und wenn dieser nicht zu bilden sei, die Überweisung seiner Sache an den nächsten europäischen Richter zu verlangen; in dieser abgeschwächten Form trat die Bill am 1. Mai 1884 wirklich in Kraft. Die Stellung des Vizekönigs zu den europäischen Beamten war jedoch durch diese Vorgänge eine so schlechte geworden, daß die Regierung ihn bald darauf durch Lord Dufferin, den bisherigen Botschafter in Konstantinopel, ersetzte; seine Anhänger aber bereiteten ihm zum Abschied glänzende Huldigungen und gaben der Überzeugung Ausdruck, daß seine Politik in Indien eine Loyalität erzeugt habe, wie sie vorher nie gekannt sei.

Darüber waren jedoch, wie man erst später erfuhr, die Vorbereitungen für die Einrichtung einer wirksamen Verteidigung des Landes an seiner Nordwestgrenze keineswegs vernachlässigt. Als die Beziehungen zu Rußland sich im Frühjahr 1885 ernst gestalteten, forderte das Whigministerium nach den aus Ripons Verwaltung stammenden Plänen 5 Millionen Pfund für den Bau von Eisenbahnen, Straßen und Befestigungen an der Grenze; den Tories genügte das freilich nicht; sie hätten am liebsten Herat zu einer englischen Festung gemacht, ohne dem Einwande daß diese Stadt hunderte von Kilometern von der militärischen Basis entfernt liege, Gewicht beizumessen. Jedenfalls, so versicherte Salisbury, als er im Juli 1885 nach Gladstones Sturze sein Programm entwickelte, sollten die Bollwerke Indiens sich weit genug ausdehnen um zu verhindern, daß, wenn es zum Kriege komme, die Flut ihre Füße umspüle. Demgemäß wurde auch die Eisenbahn nach Quetta über diesen Ort hinaus bis Schehlo verlängert und Baumaterial bereit gehalten um sie im Fall des politischen oder kommerziellen Bedürfnisses bis Kandahar fortzuführen. Die indische Armee sollte vergrößert und mit Martini-Henry-Gewehren bewaffnet werden, wodurch freilich, wie Churchill offenerherzig eingestand, auch eine Vermehrung der europäischen Truppen in Indien nötig werde. Alles in allem forderten die Tories für militärische Zwecke in Indien jährlich 2—3 Millionen Pfund mehr und kündigten unter lebhaften Angriffen auf Lord Ripons Verwaltung für 1886 den Antrag auf eine parlamentarische Untersuchung des Regierungssystems in Indien an.

Birma.

Nachdem der Konflikt mit Rußland ohne zum Kampfe zu führen geschlichtet war, brach im Herbst 1885 der Krieg mit Birma, der schon unter der letzten Toryverwaltung bevorzustehen schien, wirklich aus. Den Anlaß bot die Konfiskation des Eigentums einer englischen Handelsgesellschaft, die König Thibo auf Grund eines birmanischen Richterpruches verfügte, während England in einem Ultimatum vom 17. Oktober die Untersuchung der Streitfrage durch einen britischen Kommissar und die dauernde Anstellung eines Agenten in Mandalay forderte. Da Thibo dies ablehnte, rückte General Prendergast am Irawaddy vor, nahm am 17. November Minhla und näherte sich bis auf 50 Kilometer Mandalay. Darauf entschloß sich der König zur Unterwerfung und willigte in die Entwaffnung seiner Armee und die Übergabe der Hauptstadt, in welche die Engländer am 27. November einzogen. Prendergast übernahm sofort die Verwaltung des Landes und am letzten Tage des Jahres vollzog der Bizkönig von Indien namens der Kaiserin die förmliche Einkerleibung Birmas; Thibo aber wurde gefangen nach Madras abgeführt.

Australien.

Auch in Australien hatte England sein Kolonialreich seit 1870 mehrfach erweitert. Zuerst führten Wirren auf den Fidjchi-Inseln, wo König Rakobau und seine beiden europäischen Minister mit den Unterhauptlingen, die eine Art Parlament bildeten, in beständigem Streite

lagen, 18
dessen Be
dem Gou
wurde. I
Freundlich
und einig
lischen Ko
Einflusses
Rasse alle
aus fordb
schaft bal
diese Vor
zurückwie
größeren
eigene H
stätigung
ihn daru
lischer S
den Vor
Inselgrup
mißvergr
verstärker
deren Be
wurde.
Bundesu
der Bun
in einer
zweiten K
tionen u
die Anne
gegen di
nommen
zelnem K
nun son
guineas,
nahm u
Ausficht
zutragen
am 22.
unter br
Gelegen
deutschen
trat am
Neuseela
ihr jedo

lagen, 1874 zur Absendung eines englischen Spezialkommissars und auf dessen Befürwortung zur Annexion, die von Sir Hercules Robinson, dem Gouverneur von Neusüdwales, im September des Jahres vollzogen wurde. Als dann Deutschland mit der Samoa-Inseln 1879 einen Freundschaftsvertrag abschloß, Frankreich 1880 die Gesellschaftsinseln und einige andere kleine Gruppen annektierte, regte sich in den australischen Kolonien eine starke Opposition gegen diese Ausdehnung fremden Einflusses in der Südsee, die man unverhohlen für die angelsächsische Rasse allein beanspruchte. Besonders von Queensland und Neuseeland aus forderte man die heimische Regierung auf die britische Schutzherrschaft bald hier bald dort zu proklamieren, und da das Whigministerium diese Vorschläge um Konflikte mit dem Auslande zu vermeiden beständig zurückwies, ließ die Regierung von Queensland am 4. April 1883 den größeren Teil von Neuguinea, vom 141. bis 155. ° östl. Länge auf eigene Hand annektieren. Lord Derby versagte jedoch auch jetzt die Bestätigung, obschon auch die übrigen australischen Kolonialregierungen ihn darum ersuchten, und genehmigte nur die Errichtung einiger englischer Stationen auf der Insel. Ebenso ablehnend verhielt er sich gegen den Vorschlag die Neuen Hebriden, den Salomonsarchipel und andere Inselgruppen in Besitz zu nehmen. Die Australier waren darüber sehr mißvergnügt und wünschten das Gewicht ihrer Forderungen dadurch zu verstärken, daß sie eine Konföderation unter sich ins Auge faßten, zu deren Begründung eine Konferenz von Delegierten nach Sydney berufen wurde. Diese vereinigte sich denn auch im Dezember 1883 über eine Bundesurkunde, durch welche ein aus Vertretern aller Kolonien bestehender Bundesrat ins Leben gerufen und demselben das Gesetzgebungsrecht in einer großen Reihe von Materien übertragen werden sollte. Auf einem zweiten Kongreß, der ein halbes Jahr später stattfand, wurden Resolutionen gegen die Festsetzung fremder Mächte südlich vom Äquator, für die Annexion von Neuguinea und den bedeutenderen Inselgruppen sowie gegen die Verschickung französischer Verbrecher nach der Südsee angenommen — Beschlüsse, die bald darauf von den Parlamenten der einzelnen Kolonien bestätigt wurden. Die englische Regierung kam ihnen nun soweit entgegen, daß sie das Protektorat über die Südküste Neuguineas, soweit Holland dieselbe nicht in Besitz genommen hatte, übernahm und die Ernennung eines Oberkommissars für dies Gebiet in Aussicht stellte, wenn die Kolonien zu den Kosten 300 000 Mark beizutragen bereit seien. Da sie sich dazu alsbald willig erklärten, wurde am 22. Oktober 1884 die Südküste vom 141. bis 151. ° östl. Länge unter britischen Schutz gestellt. In welcher Art sich England bei dieser Gelegenheit mit Deutschland auseinandersetzte, wird bei der Übersicht der deutschen Kolonialpolitik zu erwähnen sein. Die geplante Konföderation trat am 9. Dezember 1885 wirklich ins Leben; Neusüdwales und Neuseeland mit ihren fast 1½ Millionen Einwohnern schlossen sich ihr jedoch nicht an, so daß sie nur Victoria, Queensland, Tas-

manien, Süd- und Westaustralien mit nahezu 2 Millionen Einwohnern umfaßte.

Die öffentliche
Meinung und
die Kolonien.

In England betrachtete man den neuen Bund doch mit gemischten Empfindungen. Es fehlte nicht an bedenklichen Stimmen, welche in dieser Konglomeration kleinerer Kolonien, die früher schon in Kanada durchgeführt war und in Südafrika seit längerer Zeit in Frage stand, die Anbahnung des künftigen Abfalls erblickten. Die Radikalen erachteten freilich die Trennung des Kolonialreiches von dem Mutterland überhaupt nicht für ein Unglück; aber diese Ansicht, die zehn Jahre früher an Ausbreitung zu gewinnen schien, verlor doch in den achtziger Jahren wieder zusehends an Boden. Dagegend machte sich die Auffassung geltend, daß man die Kolonien enger an das Mutterland heranziehen müsse, und zwar nicht bloß in der Weise Beaconsfields und seiner Reichspolitik, bei der es doch lediglich auf eine besser gesicherte Ausbeutung der Kolonien abgesehen war, sondern dadurch, daß man diesen eine gleichberechtigte Stellung mit dem Mutterlande gewähre. Man sprach von einem Reichsparlamente, dem gegenüber das jetzige Parlament auf eine Stufe mit den Volksvertretungen in den Kolonien heruntergedrückt, am besten wohl gar in Einzellandtage für England, Schottland und Irland aufgelöst werden müßte. Natürlich riefen solche Ideen lebhaften Widerspruch hervor und waren weit davon entfernt den Beifall weiterer Kreise zu gewinnen. Allein das Gefühl, daß die englische Weltmacht über kurz oder lang durch große Umwälzungen in den Kolonien gefährdet werden könne, wenn für die innere Festigkeit des Verbandes nichts geschehe, wurde doch von allen weiter blickenden Politikern geteilt.

Kanada.

Kanada hatte, wie schon angedeutet, bereits seit 1867 mit den übrigen englischen Besitzungen nördlich von den Vereinigten Staaten, nur Neu-Schottland ausgenommen, sich zu der Dominion of Canada vereinigt, die abgesehen von dem indischen Reiche die bedeutendste Gruppe des englischen Kolonialbesitzes bildete. Eine Anerkennung dieser ihrer Wichtigkeit und zugleich ein Versuch die Bande mit dem Mutterlande enger zu schließen lag darin, daß der Schwiegersohn der Königin, der Marquis of Lorne, zum Generalgouverneur ernannt wurde und mit seiner Gemahlin in dem Lande residierte. An solchen Elementen, die sich von Großbritannien loszureißen wünschten, fehlte es nicht. Wie schon einmal im Jahre 1869, so erhob sich auch im März 1885 die Mischlingsbevölkerung am Winipegsee unter der Führung des energischen Riel um eine unabhängige Republik zu gründen. Ein erster Sieg über die geringfügigen Regierungstruppen und die Möglichkeit einer Unterstützung durch die Fenier in den Vereinigten Staaten gab der Sache der Aufständischen eine gewisse Bedeutung. Doch wurde Riel durch den General Middleton schon am 11. Mai bei Batoche besiegt und gefangen und am 16. November 1885 als Hochverräter hingerichtet.

Afrika.

Zu zahlreichen Konflikten und kriegerischen Eingriffen gaben die weitverstreuten Besitzungen in Afrika Veranlassung. Seitdem England

im Jahr
Weise mi
zwischen
mit den
übernahm
auf seine
wollte es
genossen
mit Koff
40 000
Garnison
Trümmer
mit Ver
gezwung
hielten,
der Han
Januar
macht an
daß die
an Lebe
Kolonne
Achanti
das gan
wogegen
15 Fuß
Al
dem Wa
frage in
landes,
gewesen
lichen A
bisher
schädigt
einer für
diesen A
Geschich
zu gew
gegeben
vaal U
dem Be
wurde
1877
Shepste
neben
Raffern

im Jahre 1867 eine Anzahl Ansiedelungen an der Goldküste in der Weise mit Holland ausgetauscht hatte, daß der Süßwasserfluß die Grenze zwischen beiden Kolonialgebieten bildete, war es in sehr lästige Wirren mit den Aschantis geraten. Durch einen neuen Vertrag mit Holland übernahm es im April 1872 die ganze Goldküste und verzichtete dafür auf seine Stellung in Sumatra. Zur Abrundung seines Schutzgebietes wollte es nun aber den Häuptling von Elmina, einen alten Bundesgenossen der Aschantis, sich unterwerfen und geriet dadurch in Krieg mit Koffi Kalkalli, dem Aschanti-König, dessen General Amanquatia mit 40 000 Mann die den Engländern verbündeten Fantis schlug und die Garnison von Fort Elmina, welche am 13. Juni 1873 die Stadt in Trümmer schoß, bedrohte. Als dann im Herbst Sir Garnet Wolseley mit Verstärkungen eintraf, wurde Amanquatia allerdings zum Rückzug gezwungen; die Aschantis ließen einige Missionäre, die sie gefangen hielten, frei und erklärten sich bereit Entschädigung zu zahlen. Unter der Hand aber sammelten sie neue Truppen und griffen Wolseley im Januar 1874 südlich von ihrer Hauptstadt Kumasi mit siebenfacher Übermacht an, wurden jedoch zweimal geschlagen und konnten nicht hindern, daß die Engländer Kumasi besetzten und niederbrannten. Aus Mangel an Lebensmitteln mußten sie darauf zurückgehen, allein eine andere Kolonne, die unter Kapitän Glover von Westen herankam, zwang den Aschanti-König zur Zahlung von 50 000 Unzen Gold, zum Verzicht auf das ganze englische Schutzgebiet und zur Abschaffung der Menschenopfer, wogegen ihm die Engländer freien Handelsverkehr und den Bau einer 15 Fuß breiten Straße nach Cape Coast Castle zusagten.

Als dieser Erfolg erzielt wurde, erlag das Whigministerium gerade dem Wahlsiege der Tories. Es überließ demselben eine ungelöste Streitfrage in Südafrika. Hier war im Jahre 1872 die Regierung des Kaplandes, die bis dahin dem Parlamente der Kolonie nicht verantwortlich gewesen war, dieser Verantwortlichkeit unterworfen; da aber die westlichen Distrikte das Parlament beherrschten, fühlte sich der Osten, der bisher bei der Regierung Schutz zu finden gewohnt war, dadurch geschädigt und verlangte die Teilung der Kolonie und die Begründung einer südafrikanischen Konföderation. Das Toryministerium begünstigte diesen Plan und Lord Carnarvon, der Kolonialminister, entsandte den Geschichtschreiber Froude nach der Kapstadt um auch den Westen dafür zu gewinnen. Da dies mißlang, wurde die Absicht anscheinend aufgegeben. Allein bald darauf brachen in der Boerenrepublik des Transvaal Unruhen aus, welche das Ministerium zur Einmischung und zu dem Beschlusse dieselbe zu annektieren veranlaßte. Der Präsident Burgers wurde für abgesetzt, der Volksraad für aufgelöst erklärt und am 12. April 1877 durch einen außerordentlichen Bevollmächtigten, Sir Theophilus Shepstone, in der Hauptstadt Pretoria die Annexion proklamiert. Daneben her ging in den Jahren 1874—1878 die Einverleibung der freien Kaffernstämme, die sich zwischen der Kapkolonie, dem 1868 unterworfenen

Aschanti-Krieg.

Kapland.

Transvaal.

Basutolande und Natal bis dahin noch behauptet hatten. Ost-Oriqualand, Krelis Gebiet, das Fingo- und Pondoland wurden so unterworfen und 1880 mit der Kapkolonie verbunden; die ganze Küste bis zur Tugelamündung war dadurch englisch geworden. Auch an der Westgrenze des Dranje-Freistaates und Transvaals wurde die englische Herrschaft durch die Annexion von West-Oriqualand und einiger Betschuanenstämme vorgeschoben. Infolge dieser Maßregeln erschien denn die Bildung einer südafrikanischen Konföderation ohne Teilung der Kapkolonie ausführbar und das Parlament genehmigte dieselbe in der Form, daß sie zunächst aus dem Kaplande, Natal, Transvaal und dem Dranje-Freistaat bestehen sollte. Die Boeren hatten sich inzwischen anscheinend in ihrer großen Mehrheit in das Unvermeidliche gefügt, und das Ministerium Beaconsfield suchte der neuen Erwerbung den Zugang zum Meere zu verschaffen, indem es mit Portugal über den freien Handelsverkehr nach der Delagoabai in Verhandlung trat. Gleichzeitig aber beschloß der Gouverneur Sir Bartle Frère auf eigene Hand denselben Zweck durch die Unterwerfung der Zulus zu erreichen und so Transvaal mit der Bucht von Santa Lucia zu verbinden, auf welche England durch einen bereits 40 Jahr alten Vertrag mit dem Zulusfürsten Panda Anspruch hatte. Ohne von dem Ministerium dazu ermächtigt zu sein forderte er von dem Zulukönige Ketschwaho im Dezember 1878 die Räumung jener Bucht, die Zulassung eines englischen Residenten und die Entlassung seiner Truppen, und da diese Forderungen abgelehnt wurden, eröffnete der kommandierende General in der Kapkolonie Lord Chelmsford Anfang 1879 den Krieg. Der Beginn desselben war aber sehr unglücklich; Ende Januar wurde ein englischer Truppenteil am Tugela-Flusse bei Sandula geschlagen, ein anderer unter Oberst Pearson in Ekyowe umzingelt. Diese Nachrichten erregten in England großen Verdruß. Das Ministerium mißbilligte Sir Bartle Frères Vorgehen ohne ihn doch abzuweisen, die Opposition beantragte ein Mißtrauensvotum, das jedoch Ende März in beiden Häusern abgelehnt wurde. Die militärische Lage gestaltete sich etwas besser dadurch, daß Chelmsford Anfang April Pearson entsetzte; allein da die englische Waffenehre nun einmal engagiert war, mußten doch Verstärkungen entsandt und für den kränklichen Chelmsford in der Person Wolseleys ein kräftigerer Nachfolger ernannt werden. Dieser erhielt die Weisung den Krieg zu beendigen, sobald die Ehre Englands und die Sicherheit der Kolonien es gestatte; Gebietsabtretungen sollte er nicht fordern. Ehe er Ende Juni 1879 den Oberbefehl übernahm, fand bei einer Refugnoszierung der junge Napoleon, der den Krieg als Freiwilliger mitmachte, seinen Tod. Anfang Juli begann der Vormarsch; Chelmsford, der unter Wolseley zu dienen fortfuhr, überschritt den Umvolosi, schlug am 4. Juli eine vierfach überlegene Zulumasse, verbrannte den Kraal Ulundi und hatte dadurch den Widerstand im wesentlichen gebrochen, so daß Wolseley nach England berichten konnte, weiterer Truppennachschub sei überflüssig. In der That unterwarf sich eine

Zulu-Krieg.

Anzahl v
flüchtete;
wurde no
und nach
Kontrol
kleiner T
als „refe
Hauptlin
besiegt u
Wä
der Bern
waren, e
Unterstüt
waffnete
früheren
hasten.
Landes i
letzten W
er sofort
Volksraa
zur Wie
Bereit f
anheim
eben jetz
sich in
Transva
digung r
zweiten
einen W
Inz
chieden,
ohne we
seinem P
einen W
Zustimm
als das
einmal z
geben kö
abzuberu
gängig
in Engla
wünschte
Hoffnung
der un
Allein d

Anzahl von Häuptlingen, während Ketschwayo in das Innere des Landes flüchtete; aber schon Ende August geriet auch er in Gefangenschaft und wurde nach der Kapstadt gebracht. Die Engländer schlossen sodann nach und nach mit zwölf Häuptlingen Verträge, in welchen diese sich der Kontrolle eines englischen Residenten in Ulundi unterwarfen; nur ein kleiner Teil des Zulugebietes, das linke Ufer des Tugela-Flusses, wurde als „reserviertes Land“ direkt der englischen Herrschaft unterstellt. Einige Häuptlinge, die sich nicht fügen wollten, wurden bis Ende des Jahres besiegt und gefangen weggeführt.

Während dieser Kämpfe hatten sich die Boeren in Transvaal von ^{Transvaal.} der Verwirrung, in die sie durch die widerrechtliche Annexion gestürzt waren, einigermaßen erholt und ihren Haß gegen die Engländer durch Unterstützung der Zulus mannigfach bethätigt. Besorgt, daß eine bewaffnete Erhebung im Werke sei, ließ der englische Resident darauf den früheren Präsidenten der Republik, Pretorius, wegen Hochverrats verhaften. Nun strömten mehr als 6000 Boeren aus allen Teilen des Landes im Januar 1880 nach Doornkop zusammen und beschloßen den letzten Vizepräsidenten der Republik, Paul Krüger, aufzufordern, daß er sofort die Präsidentschaft übernehme, nach dem Staatsgrundgesetz den Volksraad berufe und im Einverständnis mit diesem die nötigen Schritte zur Wiederherstellung der „so schlaun geraubten“ Unabhängigkeit thue. Bereit für dieselbe ihr Leben zu opfern, gaben die Versammelten doch anheim auch den Weg friedlicher Verhandlungen zu versuchen, und da eben jetzt das Ministerium Beaconsfield gestürzt wurde und Gladstone sich in seinen Wahlreden scharf mißbilligend über die Annexion des Transvaal geäußert hatte, so waren die Aussichten für eine Verständigung nicht ungünstig. Krüger begab sich deshalb in Begleitung eines zweiten Bevollmächtigten, Zoubert, persönlich nach England um durch einen Vertrag die Unabhängigkeit seines Landes zu sichern.

Inzwischen hatte jedoch das Whigministerium sich bereits dahin entschieden, daß es mit der südafrikanischen Politik seiner Vorgänger nicht ohne weiteres brechen könne. Es hatte selbst Sir Bartle Frère auf seinem Posten als Gouverneur der Kapkolonie belassen und ihm gestattet einen Versuch zu machen um die geplante Konföderation endlich durch Zustimmung der einzelnen Kolonialparlamente ins Leben zu rufen. Erst als das Kapparlament sich im Juni 1880 dahin erklärte, daß es nicht einmal zum Zusammentritt einer Delegiertenkonferenz seine Zustimmung geben könne, entschloß sich Gladstone Sir Bartle Frère von seinem Posten abuberufen. Die Folgen seiner eroberungslustigen Politik einfach rückgängig zu machen schien jedoch auch jetzt mit der öffentlichen Meinung in England nicht vereinbar zu sein; in irgend einer abgeschwächten Form wünschte Gladstone die britische Lehnsheerfestzuhalten, wohl in der Hoffnung, daß daraus und aus der im Juli angeordneten Entwaffnung der unruhigen Basutos keine ernstlichen Verwickelungen entstehen würden. Allein diese Hoffnung trog: beide Beschlüsse hatten den Ausbruch des

Boeren-Krieg.

Kampfes zur Folge. Die kapländischen Truppen gerieten durch den Widerstand der Basutos, denen sich die Pondos anschlossen, in schwere Bedrängnis und errangen erst, nachdem sie Verstärkungen erhalten, gegen Ende des Jahres bedeutendere Erfolge; die Boeren brachten eine Armee von 5000 Mann zusammen, erwählten Joubert zum Oberfeldherrn und verdrängten bis Ende des Jahres die englischen Truppen aus den meisten Städten des Landes. Der Gouverneur von Natal, Sir George Colley, der ihnen entgegenrückte, erlitt am 8. Februar 1881 am Flusse Ingogo eine schwere Niederlage und fand in einem neuen, ebenso unglücklichen Kampfe bei den Majuba-Hügeln am 27. Februar seinen Tod. Dennoch erklärten sich die Boeren zu Friedensverhandlungen auf Grundlage der englischen Lehnsheerhoheit einerseits und der unbeschränkten Selbstverwaltung andererseits bereit und nach mehrmonatlichen Verhandlungen wurde zwischen ihnen und englischen Kommissären, die sich nach Pretoria begeben hatten, am 8. August ein Vertrag unterzeichnet, kraft dessen die Königin das Recht erhielt in Pretoria einen Residenten anzustellen, ohne dessen Zustimmung kein Vertrag mit auswärtigen Mächten und kein Gesetz, das die eingeborenen Stämme betreffe, Gültigkeit erlangen könne, während in allen anderen Beziehungen die Boeren unabhängig sein sollten. Das an der Ostgrenze Transvaals belegene Swasiland wurde für unabhängig erklärt und von der Boerenrepublik eine Geldzahlung an England für die Verwaltungskosten der letzten Jahre übernommen. Auch das

Zululand.

Zululand beschloß die Regierung nun bis auf das an Natal grenzende reservierte Gebiet zu räumen. Sie ließ im Sommer 1882 den gefangenen Ketschwayo aus der Kapstadt nach London kommen und schloß mit ihm im Dezember einen Vertrag, durch welchen er sich den Bedingungen fügte, die ihm auferlegt wurden. Die wichtigste darunter war, daß ein englischer Resident in Ulundi seinen Wohnsitz behalten und von dort aus das Land überwachen sollte. Am 29. Januar 1883 wurde Ketschwayo von demselben, Sir Theophilus Shepstone, in sein Reich zurückgeführt. Die Erwartung, daß er sich der allgemeinen Anerkennung seiner Stammesgenossen erfreuen werde, ging jedoch nicht in Erfüllung; schon im Juli wurde er von einem anderen Häuptling Ufibepe bei Ulundi überfallen, verwundet und aus dem Lande vertrieben; er suchte Zuflucht in der Kolonie Natal und starb daselbst schon im Februar 1884. Auch Ufibepe fehlte es jedoch nicht an Gegnern, und diese suchten Hilfe bei der Nachbarrepublik Transvaal. Mit Hilfe einiger Boerenscharen erhoben sie sich gegen den Häuptling und riefen nach einem entscheidenden Siege über denselben am 23. Mai 1884 Ketschwayos Sohn Dinizulu zum König aus. Dieser schloß dagegen mit den Boeren einen Vertrag ab, in welchem er denselben einen ansehnlichen Landstrich an ihrer Ostgrenze abtrat um aus demselben eine neue Boerenrepublik zu bilden, die denn auch unter dem Namen der „Neuen Republik“ mit der Hauptstadt Hloban am 16. August 1884 ins Leben trat.

Die Neue Republik.

In England war man über diese Vorgänge sehr mißmutig; hatte

man den durch sie nämlich vaal abe Vertrage allein je rungen e und seine „Südafri nennen r nisterium im wesent die Vertr vor; doe ausgenom gangen r unterhan endlich e Fürsten und eine wieder i Republik kleinen D Beschua Protest i Gouvern von der entstande wahren r aber sch freistaat der voll Warrens und das Gebiet z unter d gestellt r Au Dinizulu die deut nisterium englische lich zu dritter k trag mi

man den Boeren doch soeben erst neue Zugeständnisse gemacht und dadurch sie vollständig zu beruhigen geglaubt. Im Herbst 1883 waren nämlich der Präsident Krüger und einige andere Abgesandte von Transvaal abermals in London erschienen und hatten die Abänderung des Vertrages von 1881 gefordert. England, so verlangten sie, solle nicht allein seine Lehnsheerhöheit völlig aufgeben sondern auch die Geldforderungen ermäßigen, die ihm aus der Zeit von 1877—1881 zustanden, und seine Einwilligung zur Vereinigung des Betschuanenlandes mit der „Südafrikanischen Republik“, wie sich der Transvaalstaat künftig wieder nennen wollte, erteilen. Nach längeren Verhandlungen hatte das Ministerium diese Forderungen durch einen Vertrag vom 27. Februar 1884 im wesentlichen gutgeheißen; nur behielt es sich ein Einspruchsrecht gegen die Verträge, welche die Republik mit anderen Mächten schließen würde, vor; doch wurden davon wieder die Verträge mit dem Oranjesfreistaat ausgenommen. Die Boerengesandtschaft war dann nach Portugal gegangen um wegen des Baues einer Eisenbahn nach der Delagoabai zu unterhandeln, hatte darauf in Holland eine Anleihe abgeschlossen und endlich einen Besuch in Berlin gemacht, wo sie vom Kaiser und dem Fürsten Bismarck mit ungewöhnlicher Auszeichnung empfangen wurde und einen Handelsvertrag abschloß. Kaum waren sie dann im Juli wieder in ihrer Heimat angekommen, so erfolgte die Begründung der Neuen Republik und gleichzeitig die Okkupation der an der Westgrenze gelegenen kleinen Republiken Gosen und Stella-Land, sowie des Gebietes einiger Betschuanenhäuptlinge; der Londoner Vertrag dagegen wurde nur unter Protest gegen die den Boeren ungünstigen Bestimmungen genehmigt. Der Gouverneur des Kaplandes, Sir Hercules Robinson, verlangte nunmehr von der englischen Regierung ein bewaffnetes Einschreiten, und diese entsandte den Oberst Warren mit 8000 Mann um ihre Ansprüche zu wahren und das Betschuanenland zu besetzen; die Südafrikanische Republik aber schloß zu Potchefstrom am 24. Dezember 1884 mit dem Oranjesfreistaat ein Schutz- und Trutzbündnis ab, das man als den Vorläufer der völligen Vereinigung der beiden Boerenstaaten betrachten konnte. Warrens Expedition wurden jedoch keine Hindernisse in den Weg gelegt, und das Ergebnis derselben war, daß im September 1885 das ganze Gebiet zwischen der Südafrikanischen Republik und dem Flusse Molopo unter dem Namen Britisch-Betschuanaland unter englische Oberhoheit gestellt wurde.

Auch im Zululande kam es Ende 1884 zu neuen Verwickelungen. Dinizulu hatte die von England in Anspruch genommene Lucia-Bai an die deutsche Firma Lüderitz verkauft und dadurch fühlte sich das Ministerium Gladstone veranlaßt im Januar 1885 in Port Dunford die englische Flagge heizen zu lassen. Mit Deutschland kam es dann freilich zu einer für England günstigen Erledigung der Sache; allein als dritter Bewerber trat die „Neue Republik“ auf, welche durch ihren Vertrag mit Dinizulu die Schutzherrschaft über ganz Zululand erworben zu

Die Boeren.

Betschuana-
land.Deutsche Kolo-
nialpolitik.

haben behauptete. Die sich daraus ergebenden Konflikte nahmen einen größeren Umfang an und sind bis zur Stunde noch nicht ausgetragen. Auf die zahlreichen Verwickelungen, zu denen die deutschen Niederlassungen und Erwerbungen in Afrika Anlaß gaben, kommen wir bei der Darstellung der deutschen Kolonialpolitik zurück. Soweit seine Interessen von Erheblichkeit waren, wußte England sie genügend zu schützen; die anfängliche Neigung auch über diese Grenze hinaus den deutschen Bestrebungen feindlich entgegenzutreten, wurde nach und nach überwunden und ein für beide Teile annehmbares Abkommen auf diplomatischem Wege zustande gebracht.

Ägypten.

Ernster als alle Streitigkeiten, zu denen der weitverzweigte Kolonialbesitz Veranlassung gab, ernster selbst als die zeitweilig so drohende afghanische Frage, wurde für England seine Einnischung in die ägyptischen Verhältnisse, die seit der Eröffnung des Suezkanals seine Interessen ja noch weit mehr berührten als früher, denen aber auch das übrige Europa eine verstärkte Teilnahme zuwandte. Der Khediv Ismail Pascha hatte sich seit den Niederlagen Frankreichs ersichtlich bemüht das kühle Verhältnis, in dem er bis dahin zu England gestanden hatte, zu verbessern, und die britischen Staatsmänner fingen auch mehr und mehr an mit Ägypten als mit einer selbständigen Größe, und nicht bloß als mit einem Teile der Türkei zu rechnen. Der Khediv hatte die Schlappe, die er 1869 durch den einschränkenden Ferman des Sultans erlitten, sehr bald durch reichliche Verwendung von Geldmitteln bei der Pforte wieder auszugleichen gewußt. Als sein Gegner Ali Pascha im Herbst 1871 gestorben war, ging er selbst im folgenden Sommer nach Konstantinopel und erwirkte sich nicht allein die Bestätigung der früher verliehenen

Justizreform.

Privilegien, sondern auch die Genehmigung zu einer Reform der ägyptischen Justiz nach europäischem Muster und das Recht ohne Erlaubnis der Pforte Anleihen zu machen. Die Justizreform bedeutete einen wirklichen Fortschritt. Nach langen Verhandlungen, bei denen besonders Frankreich Schwierigkeiten machte, hatten sämtliche Mächte in den Verzicht auf ihre Konsulargerichtsbarkeit gewilligt, indem sie in der Berufung europäischer Juristen, in der ihnen mitgeteilten Prozeßordnung und dem neuen Gesetzbuche eine genügende Bürgschaft für die Vertrauenswürdigkeit des internationalen Gerichtshofes, den Ismail am 18. Juni 1875 feierlich eröffnete, erblickten. Derselbe bewährte seine Unabhängigkeit auch bald genug dem Khediv selbst gegenüber, wodurch dieser so erbittert wurde, daß er Kubar Pascha, den verdienstvollen Begründer der Reform, in die Verbannung schickte.

Anleihen.

Verhängnisvoll aber wurde für Ägypten das Recht des Khediv unbehindert Anleihen machen zu dürfen. Beliefen sich diese schon 1869 auf etwa 480 Millionen Mark, so kam 1873 mit einem Schlage eine Summe von 640 Millionen hinzu, die durch den Kursverlust bei der Ausgabe um mehr als ein Drittel zusammenschrumpfte und mit 7 Prozent verzinst werden mußte. Daneben bestand überdies eine Privatschuld des Khediv,

für welche
tionen be
tionen.
amortisie
lich, un
sich der
verschafft
der Unm
Pascha n
ragenden
übertrug
Mission.
April 18
rante vo
geneigt.
lösung d
schuld ein
internati
Schulden
Staatsch
zusehen
doch vor
essen tra
gruppen
Göschel,
ordnen.
untereina
in drei
gesonder
zent her
dadurch
mäßig,
Frankrei
ligen, w
Präsident
länder
siener un
gebnis i
dem Sto
bildete i
aus der
während
lichen
De
Befriedi

für welche die Domänen verpfändet waren und die reichlich 250 Millionen betrug, sowie eine schwebende Staatsschuld von etwa 420 Millionen. Diese ungeheuren Summen vertragsmäßig zu verzinsen und zu amortisieren war auf die Dauer trotz alles Steuerdruckes gar nicht möglich, und der Verkauf seiner Suezkanal-Aktien an England, durch den sich der Vizekönig im November 1875 etwa 80 Millionen Mark bar Geld verschaffte, war auch nur eine vorübergehende Erleichterung. Angesichts der Unmöglichkeit seine Gläubiger zu befriedigen wandte sich Ismail Pascha nun an die englische Regierung mit der Bitte ihm einen hervorragenden Finanzmann zu senden, und das Ministerium Beaconsfield übertrug in der That dem Generalzahlmeister Cave Ende 1875 diese Mission. Auch dieser fand jedoch kein anderes Mittel, als daß er im April 1876 eine Konvertierung der ganzen Schuld unter englischer Garantie vorschlug, und zu dieser Garantie war England durchaus nicht geneigt. Der Khediv half sich nun zunächst dadurch, daß er die Einlösung der fälligen Schatzbons und der Coupons der Domänen-(Daira-)schuld einstellte und dann im Mai durch ein Dekret, das aber von dem internationalen Gerichtshof als ungültig bezeichnet wurde, die sämtlichen Schulden unifizierte, sie mit 7 Prozent zu verzinsen versprach und eine Staatsschuldentilgungskasse unter der Leitung europäischer Beamten einzusetzen sich verpflichtete. Die Ausführbarkeit dieses Planes wurde jedoch von allen Beteiligten angezweifelt. Zur Wahrung ihrer Interessen traten darauf die französischen und englischen Gläubiger Ägyptens gruppenweise zusammen und ließen, jene durch Foubert, diese durch Göschen, ein Programm ausarbeiten um die ägyptischen Finanzen zu ordnen. Beide Gruppen verständigten sich dann im November 1876 untereinander und mit dem Khediv dahin, daß die sämtlichen Schulden in drei Klassen, die privilegierte, die unifizierte und die Daira-schuld, gesondert und der Zinsfuß für dieselben teils auf 5, teils auf 6 Prozent herabgesetzt wurde. Aber trotz der bedeutenden Erleichterung, die dadurch geschaffen wurde, erfolgte die Zinszahlung auch jetzt nicht regelmäßig, und der Khediv mußte endlich auf Forderung Englands und Frankreichs im April 1878 in die Niederlegung einer Kommission willigen, welche Mittel zu dauernder Besserung der Finanzlage suchen sollte. Präsident derselben war Lesseps, zu ihren Mitgliedern gehörten die Engländer Baring und Rivers Wilson, der Franzose Blignières, ein Italiener und ein Österreicher, sowie der Ägypter Riaz Pascha. Das Ergebnis ihrer Beratungen war, daß der Vizekönig die sämtlichen Domänen dem Staate abtreten müsse. Ismail weigerte sich dessen auch nicht und bildete überdies im August 1878 ein Ministerium, an dessen Spitze der aus der Verbannung zurückberufene reformfreundliche Rubar Pascha trat, während Wilson die Leitung der Finanzen und Blignières die der öffentlichen Bauten übernahm.

Der Hauptgesichtspunkt, den diese verfolgten, war naturgemäß die Befriedigung der europäischen Gläubiger. Insofern Verwaltungsreformen

Englisch-fran-
zösische Kon-
trolle

Die National-
partei.

und Sparsamkeit dazu dienlich waren, beförderten sie diese, aber Selbstzweck war ihnen das Wohl der gedrückten ägyptischen Bevölkerung nicht und noch weniger gedachten sie die Interessen einzelner Klassen, wie z. B. der ägyptischen Offiziere, zu schonen; vielmehr bildete die Verminderung der Armee einen Hauptpunkt ihres Programmes. Dies zu verhindern, den europäischen Einfluß ganz zu beseitigen und zu diesem Zweck auch den Khediv selbst zu stürzen vereinigten sich nun eine Anzahl Fellahoffiziere, an deren Spitze der Oberstleutnant Arabi stand. Ihr Unternehmen wurde jedoch dem Khediv Ende 1878 verraten und dieser beschloß sich der Verschwörung, die ihre Spitze gegen ihn kehrte, zu bedienen um sich des Ministeriums, das ihm bereits lästig geworden war, zu entledigen. Unter seiner Zustimmung brach am 18. Februar 1879 eine Militärrevolte aus, welche Nubar Pascha zum Rücktritt zwang. Zu seinem Nachfolger bestimmte Ismail den Kronprinzen Tewfik Pascha, der Wilson und Blignières im Amte ließ. England und Frankreich protestierten zwar gegen die Entlassung Nubars, wollten sich aber dabei beruhigen, wenn den beiden europäischen Ministern ein absolutes Veto gegen alle Maßregeln, die sie mißbilligten, zugestanden werde. Diese Einschränkung sich auf die Dauer gefallen zu lassen war der Khediv nicht willens. Als die Finanzkommission im April 1879 ihren Bericht vorlegte und darin zu dem Schlusse kam, daß Ägypten die Zinsen der Staatsschuld nicht ausbringen könne, veranlaßte er eine von einheimischen Notabeln verfaßte Adresse, der ein Finanzplan beigefügt war, nach welchem die Befriedigung der europäischen Gläubiger zum Vollen als möglich erscheinen sollte. Darauf gestützt beauftragte er Scherif Pascha, den Kandidaten der nationalen Partei, mit der Bildung eines neuen Ministeriums, in dem Wilson und Blignières natürlich keinen Platz finden sollten; vielmehr war ihnen nur die Stellung von Generalkontrolleuren zugebracht. Diese anzunehmen weigerten sie sich und ihre Regierungen drohten dem Khediv, daß sie bei der Pforte seine Absetzung beantragen würden. Überdies stellte sich alsbald heraus, daß Scherif keineswegs gewillt war die europäischen Gläubiger voll zu befriedigen, sondern daß er ihnen ihre Zinsen zum Teil in neuen Schuldscheinen auszahlen wollte. Dagegen erhoben jedoch Deutschland, Osterreich und Italien Einspruch und Ismail mußte nachgeben. England und Frankreich aber gingen nun wirklich einen Schritt weiter und forderten die Pforte auf den Bizekönig abzusetzen. Der Sultan willigte ein, und ohne Widerstand zu versuchen fügte sich Ismail Pascha dem Ferman vom 26. Juni 1879. Es wurde ihm eine Civilliste von einer Million Mark zugestanden, und nach wenigen Tagen verließ er das Land um seinen Wohnsitz in Neapel zu nehmen.

Absetzung
Ismails.

Tewfik Pascha.

Gern hätte nun der Sultan diese Gelegenheit benutzt um die Stellung des neuen ägyptischen Bizekönigs Tewfik Pascha wieder auf den Punkt herabzudrücken, auf dem Mehemed Ali nach seiner Demütigung 1841 gestanden hatte. Allein dies gestatteten die Westmächte nicht, wenn

sie auch
in den
Septemb
Stelle) u
ungemein
dationsg
auf 4 P
Budget
völkferung
der Steu
mende G
der Nati
nutzen u
endlich f
haftung
schritt.
Ali Jeh
mußte n
minister
lehrten i
würden,
Um ein
Septemb
statt zu
der Rhe
Offizier
innerhal
mittags
Bermitt
zu verh
eines n
zur Be
Armee
ihre Un
selben
Stellun
ein gute
kontroll
digte er
versamm
Schwer
um zw
die Gen
nicht z
die Ha

sie auch in einige Beschränkungen willigten. In Kairo war ihr Einfluß in den nächsten Monaten unumschränkt. Ministerpräsident wurde im September 1879 Riaz Pascha, während Bliquières und (an Wilsons Stelle) Baring zu Generalkontrollleuren der gesamten Verwaltung mit ungemein ausgedehnten Vollmachten ernannt wurden. Ein neues Liquidationsgesetz wurde ausgearbeitet, das die Zinsen der unifizierten Schuld auf 4 Prozent herabsetzte, und so gelang es denn das Gleichgewicht im Budget herzustellen und selbst einen Überschuß zu erzielen. Die Bevölkerung des Landes merkte jedoch von diesen Fortschritten nicht viel; der Steuerdruck, unter dem sie litt, blieb unvermindert und der bestimmende Einfluß der Ausländer erfüllte sie mit Erbitterung. Die Führer ^{Arabi.} der Nationalpartei, besonders Arabi, wußten das mit Geschick zu benutzen und ihren Anhang beständig auszubreiten. Ihre Agitation wurde endlich so bedenklich, daß Riaz Pascha am 1. Februar 1881 zur Verhaftung Arabis und zweier seiner Vertrauten, Ali Fehmi und Abdullah, schritt. Allein sofort erhob sich das Garderegiment, dessen Befehlshaber Ali Fehmi war; andere Truppenteile schlossen sich an und Tewfik Pascha mußte nicht allein die Verhafteten freigeben, sondern auch den Kriegsminister und eine Anzahl fremder Offiziere entlassen. Diese Vorgänge lehrten deutlich, daß die Entschlüsse des Bizekönigs solange unfrei sein würden, wie er sich nicht der meuterischen Regimenter entledigt habe. Um einen Anfang damit zu machen verlegte Riaz Pascha Anfang September Arabis Regiment von Kairo nach Alexandrien. Allein statt zu gehorchen stellte Arabi am 8. September die Forderung, daß der Khediv das Ministerium entlasse, eine Verfassung erteile und das Offiziercorps durch eingeborene Ägypter verstärke. Da diesem Verlangen innerhalb der festgesetzten Zeit nicht gewillfahrt wurde, rückten nachmittags 4000 Mann vor den Palast, und Tewfik begann nun unter Vermittelung des englischen und des österreichischen Konsuls mit ihnen zu verhandeln. Das Ergebnis war, daß Scherif Pascha mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt und die Zustimmung der Pforte zur Berufung einer Notabelnversammlung und zur Vermehrung der Armee eingeholt werden sollte, wogegen die aufständischen Regimenter ihre Unterwerfung versprachen; ja es gelang Scherif sogar einige derselben zum Abzug in entfernte Garnisonen zu bewegen und so seine Stellung erheblich zu befestigen. Auch mit den Westmächten wußte er ein gutes Verhältnis anzubahnen, indem er die Fortdauer der Generalkontrolle ausdrücklich in sein Programm aufnahm. Andererseits befreidigte er die Nationalpartei vorläufig durch die Berufung einer Notabeln- ^{Notabeln-} ^{versammlung.} versammlung, welche am 26. Dezember 1881 feierlich eröffnet wurde. Schwerer war es ihrer anderen Forderung zu genügen und die Armee um zwölf Regimenter zu verstärken; denn dem widersetzten sich natürlich die Generalkontrollleure und auf die Zustimmung des Sultans war auch nicht zu rechnen. Gleichwohl war dies für Arabi und seine Freunde die Hauptsache und je mehr die Aussicht schwand, daß Scherif und der

Englisch-fran-
zösische Ein-
mischung.

Khediv ihnen darin zu Willen sein würden, um so drohender mehrten sich auch die Anzeichen einer neuen Militärrevolution. Theils um dem Bizetönig gegen diese Gefahr einen Rückhalt zu geben, theils auch um die von der Pforte in solchem Fall zu gewärtigende Einmischung von vornherein abzuschneiden, ließen England und Frankreich Anfang Januar 1882 in Kairo eine Note übergeben, worin sie versprachen Tewfik gegen innere wie gegen äußere Feinde auf dem Throne zu erhalten. Der Erfolg, den sie damit erzielten, war aber ein sehr schlechter. Der Nationalpartei wagte die Note nicht einmal zu veröffentlichen, weil er die Nationalpartei dadurch zu reizen fürchtete; die Pforte protestierte dagegen, daß die Westmächte in dieser Weise direkten diplomatischen Verkehr mit der ägyptischen Regierung pflögen; die übrigen Großmächte erklärten in identischen Noten, daß sie ihren Anspruch auf Beteiligung an der Ordnung der ägyptischen Verhältnisse nicht fahren zu lassen gedächten. Unter diesen Umständen traten die Westmächte umsomehr den Rückzug an, als in Frankreich bereits am 26. Januar 1882 Gambetta, der die ganze Sache veranlaßt hatte, gestürzt war.

Arabi Kriegs-
minister.

Der Nationalpartei kam dieser Mißerfolg gar sehr zu statten; da sie unter den Notabeln die Mehrheit hatte und Scherif sich mit dieser über den Entwurf einer Verfassung nicht vollständig einigen konnte, ersuchte eine Deputation den Bizetönig jenen zu entlassen und durch den bisherigen Kriegsminister Mahmud Barudi zu ersetzen. Nicht das allein gewährte Tewfik Pascha am 3. Februar 1882, sondern er willigte auch in die Ernennung Arabis zum Kriegsminister und nahm am 8. Februar den Verfassungsentwurf an, der den Notabeln unter Vorbehalt der finanziellen Verpflichtungen gegen die Pforte und gegen das Ausland das Budgetrecht verlieh. Damit waren die von den Generalkontrolluren bisher geübten Befugnisse unvereinbar; allein ihr Protest wurde von Mahmud Barudi zurückgewiesen und thatsächlich neue Ausgaben beschlossen ohne jene zu befragen. Mehr Besorgnis als die drohende Einmischung der Westmächte lösteten der herrschenden Partei die feindlichen Elemente ein, die sich noch immer ziemlich zahlreich in der Armee befanden. Um sich ihrer zu entledigen beschloß man sie nach dem Sudan zu schicken. Da gegen gedachten die tscherkessischen Offiziere sich zur Wehr zu setzen und verschworen sich Arabi zu töten und an Tewfiks Stelle wieder dessen Vater Ismail auf den Thron zu erheben. Allein die Sache wurde verraten, die Teilnehmer am 11. April 1882 verhaftet und von einem Kriegsgerichte zu schweren Strafen verurteilt. Vielfach tauchte allerdings der Verdacht auf, daß Arabi die ganze Verschwörung erfunden habe; die Pforte kündigte an, daß sie eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit entsenden werde; die Westmächte verwandten sich für Milderung der gefällten Urteile, und Tewfik, der ebensosehr dem Sultan zuvorzukommen wie seine Unabhängigkeit von Arabi zu erweisen wünschte, verwandelte in der That die Strafen in einfache Verbannung aus Ägypten.

Das Tcher-
kessen-Kom-
plot.

Erb
und berie
tabeln zu
geschlagen
sich mit
sandten
Sultan,
Befehl e
Westmäch
Großmäch
Khediv v
die Ford
seine bei
würden.
das Min
mächte f
tabeln,
Deputati
fordern;
Leitung
sondern
Ob
Sultans
dieselbe
Hand de
lich sehr
Spitze
8. Juni
gleich zu
Einmisch
Arabis
gegen T
Botschaft
nisterium
Einfluss
dabei in
lauf, be
förmlich
Erst geg
nung w
erwarten
zu befür
Europä
nächsten
Derwisi

Erbittert darüber wollte nun Arabi den Vizkönig ganz beseitigen und berief zu diesem Zweck auf eigene Hand am 10. Mai 1882 die Notabeln zusammen. Allein diesen fehlte doch der Mut ihm auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen; denn Tewfik traf alle Vorbereitungen um sich mit Hilfe der treuen Truppen zu verteidigen, die Westmächte entsandten sofort ein Panzergeschwader nach Alexandrien und auch der Sultan, der gegen diese letztere Einmischung energisch protestierte, gab Befehl einige Panzerschiffe auszurüsten. Dies verbat sich jedoch die Westmächte so nachdrücklich, daß die Pforte auf den Rat der übrigen Großmächte davon abstand. Nach Ankunft der Panzerflotte auf der Rhebe von Alexandrien stellten nun England und Frankreich am 25. Mai die Forderung, daß das Ministerium zurücktrete, Arabi verbannt und seine beiden eifrigsten Anhänger, Ali Fehmi und Abdullah, interniert würden. Der Khediv bewilligte diese Forderungen nicht ungerne und das Ministerium fügte sich wirklich. Kaum aber war dies geschehen, so machte sich in Kairo eine große populäre Aufregung bemerklich; die Notabeln, die Ulema, die Kaufleute und andere Körperschaften schickten Deputationen an den Vizkönig um die Erhaltung Arabis im Amte zu fordern; Tewfik mußte nachgeben und Arabi übernahm am 29. Mai die Leitung der Geschäfte von neuem, doch nicht als einfacher Minister, sondern thatsächlich als Diktator.

Arabi und die Westmächte.

Obgleich ihm nichts ferner lag als der Wunsch die Autorität des Sultans in Ägypten wiederherzustellen, hielt er es doch für nützlich dieselbe gegen die Westmächte anzurufen; das gleiche that auf eigene Hand der Khediv. In Konstantinopel war man darüber selbstverständlich sehr erfreut und sandte sofort eine große Kommission, an deren Spitze Derwisch Pascha gestellt wurde, nach Kairo, wo sie schon am 8. Juni ankam. Ihre Aufgabe konnte nur darin bestehen einen Ausgleich zwischen Tewfik und Arabi zu schaffen um dadurch jede europäische Einmischung überflüssig zu machen. Den Westmächten, denen alles an Arabis Sturze lag, war damit wenig gedient; sie erhoben Einsprache gegen Derwischs Sendung, und Frankreich schlug die Abhaltung einer Botschafterkonferenz in Konstantinopel vor, während das englische Ministerium nur von bewaffnetem Eingreifen die Wiederherstellung seines Einflusses erhoffte. Der muhamedanische Fanatismus arbeitete ihm dabei in die Hände. Am 11. Juni kam es in Alexandrien zu einem Aufstand, bei dem ein Araber ermordet wurde, und aus dem sich dann ein förmlicher Straßenkampf entwickelte, in dem zahlreiche Europäer fielen. Erst gegen Abend gelang es den Behörden und den Truppen die Ordnung wiederherzustellen, allein da man täglich einen neuen Ausbruch erwarten mußte und ähnliche Scenen auch in Kairo und anderen Städten zu befürchten waren, so begann eine massenhafte Auswanderung der Europäer, die bald auf mehr als 90 000 Personen geschätzt wurde. Die nächsten Wochen ließen diese Panik kaum als berechtigt erscheinen; denn Derwisch Pascha und Arabi, die sich beide nach dem Blutbade vom

Einmischung der Pforte.

Aufstand in Alexandrien.

Arabi und der
Sultan.

11. Juni sofort nach Alexandrien begeben hatten, hielten die Ruhe dort vollkommen aufrecht. Auch der Vizekönig suchte persönlich nach Kräften zu beruhigen und erbat daneben, wohl im Einverständnis mit Derwisch, die Entsendung türkischer Truppen. Der Sultan wäre dazu auch gern bereit gewesen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er in seiner Machtvollkommenheit als Souverän diesen Schritt thue; das wollten aber die Westmächte nicht zugeben, sondern verlangten, er solle auf Grund eines europäischen Mandates handeln. Weit entfernt darauf einzugehen, widersprach der Sultan vielmehr fortgesetzt auch dem Vorschlage einer Botschafterkonferenz und beteiligte sich an derselben nicht, als sie trotz seines Einspruchs am 22. Juni in Konstantinopel zusammentrat. Einen unzweideutigen Beweis seiner Gesinnung gab er dadurch, daß er Arabi seinen höchsten Orden verlieh, während die Westmächte nach wie vor dessen Verbannung forderten. In der That aber blieb Arabi die mächtigste Person in Ägypten und die Seele des Ministeriums, das Derwisch unter Mitwirkung der Konsuln der Ostmächte inzwischen gebildet hatte und in dem ein Türke, Ragheb Pascha, den Vorsitz führte.

Bombardement von
Alexandrien.

Für England war die Fortdauer dieser Lage ungemein demütigend; überdies fürchtete man trotz Arabis Versicherungen, daß derselbe gegebenen Falls den Suezkanal zerstören werde. Immer stärker drängte deshalb die öffentliche Meinung auf eine Landung in Ägypten, und das britische Kabinett bemühte sich auch Frankreichs Beteiligung daran zu erwirken. Dies lehnte Freycinet jedoch ab und willigte nur ein den französischen Generalkonsul Sienkiewicz zugleich mit dem englischen, Sir Edward Malet, abzuverufen. Der englische Admiral, der vor Alexandrien befehligte, Sir Beauchamp Seymour, erhielt darauf Befehl allein vorzugehen. Durch eine Rekognoszierung stellte er fest, daß die Ägypter etwa 100 Geschütze gegen das Panzergeschwader aufgepflanzt hatten, und forderte darauf deren Entfernung und die Einstellung aller Befestigungsarbeiten im Hafen. Als dies verweigert wurde, kündigte er am Abend des 9. Juli an, daß er die Stadt beschießen werde, wenn ihm nicht binnen 12 Stunden die Forts übergeben würden. Nach einer nochmaligen Frist von 24 Stunden begann am 11. Juli um 7 Uhr wirklich das Bombardement; schon nach einer Stunde waren drei der äußeren Forts, um Mittag auch die übrigen zum Schweigen gebracht; nachmittags erging es denen im inneren Hafen ebenso, ohne daß die englischen Schiffe erheblich Schaden gelitten hatten. Der Vormittag des 12. verstrich unter erfolglosen Kapitulationsverhandlungen, unter deren Schutze Arabi mit seinen Truppen Alexandrien verließ; um 1/4 Uhr begann das Bombardement der Stadt, in der bald Feuer ausbrach, das von fanatischen Banden noch vermehrt wurde. Zugleich drangen diese in den europäischen Stadtteil ein, plünderten die Häuser und machten die zurückgebliebenen Bewohner nieder. Erst als englische Matrosen und Seesoldaten ausgeschifft waren, wurde die Ordnung unter blutigen

Kämpfen
landete

Arabi
nach Ko
währen
Zögern
Einmisch
führbar.

blieb au
nicht au
überdies
Umgebun
beständig
jame In
Allein

Unterneh
persönlic
als er z
wurde
abgelehnt
sondern

tion voll
liche W
der alte
ein klein
Männer
Gladsto
gegen d
Entsend

Arabi
gestützt
für ein
gebenhe
dem W
tion be
zum D
Operati
nicht A
Kairo
liche S
von De
Alles
welche
gegen
Um so

Kämpfen wiederhergestellt. Auch eine Abtheilung deutscher Matrosen landete und besetzte das Hospital.

Arabi hatte sich inzwischen nach Kasr el Duar an der Eisenbahn nach Kairo zurückgezogen und dort eine feste Stellung eingenommen, während der Khediv sich unter englischen Schutz stellte und nach einigem Zögern Arabi am 23. Juli für abgesetzt erklärte. Ohne die bewaffnete Einmischung einer auswärtigen Macht war dies Dekret aber nicht ausführbar. Die Pforte, die in erster Linie dazu berufen gewesen wäre, blieb auf ihrem Standpunkte, daß sie wohl kraft eigenen Rechtes, aber nicht auf Grund eines europäischen Mandates einzuschreiten bereit sei; überdies stellte sich immer zweifellos heraus, daß Arabi in der nächsten Umgebung des Sultans einflußreiche Freunde habe und mit diesen in beständiger Verbindung sei. Unter diesen Umständen mußte eine gemeinsame Intervention Englands und Frankreichs als das natürliche erscheinen. Allein Frankreich zeigte sich durchaus abgeneigt sich in weitaussehende Unternehmungen zu verwickeln; der Ministerpräsident Freycinet war persönlich geneigt bei der Sicherung des Suezkanals mitzuwirken; aber als er zu diesem Zweck von der Kammer 9 $\frac{1}{2}$ Million Franken forderte, wurde diese Summe am 29. Juli 1882 mit 416 gegen 75 Stimmen abgelehnt und dadurch nicht allein der Sturz des Kabinetts herbeigeführt, sondern auch jede Beteiligung Frankreichs an einer ägyptischen Expedition vollständig ausgeschlossen. Umgekehrt war in England die öffentliche Meinung fast ohne Ausnahme für ein energisches Einschreiten; der alte Friedensfreund Bright schied zwar aus dem Ministerium und ein kleiner Teil der Radikalen hielt zu ihm; aber die Mehrheit derselben, Männer wie Dilke und Chamberlain, waren ebenso entschieden wie Gladstone für die Intervention; im Unterhause wurden nur 19 Stimmen gegen die Bewilligung eines Kredites von 46 Millionen Mark und die Entsendung einer Armee von 17 500 Mann abgegeben.

Arabi hatte mittlerweile mit dem Khediv vollständig gebrochen und, gestützt auf eine nach Kairo berufene Notabelnversammlung, denselben für einen Verräter erklärt, dem Sultan dagegen nachdrücklich seine Ergebenheit bezeugt. Mitte August waren die englischen Truppen aus dem Mutterlande und die indischen Regimenter, welche für die Expedition bestimmt waren, zahlreich genug in Ägypten angelangt um dem zum Oberbefehlshaber ernannten General Wolseley den Beginn der Operationen zu gestatten. Als Ausgangspunkt derselben nahm dieser nicht Alexandria, sondern Ismailia am Suezkanal, von wo er gegen Kairo vorzurücken gedachte. Dadurch sah Arabi sich genötigt seine treffliche Stellung bei Kasr el Duar aufzugeben um durch die Besetzung von Tel el Kebir dem Feinde den Weg nach der Hauptstadt zu verlegen. Alles ließ einen kräftigen Widerstand erwarten und die ersten Angriffe, welche Arabi Ende August und Anfang September, besonders bei Gasassin, gegen die vorrückenden Engländer richtete, schienen das zu bestätigen. Um so größer war die Verwunderung, als Wolseley in der Frühe des

Arabis Widerstand.

England und Frankreich.

Arabis Niederlage.

13. September Tel el Kebir fast ohne Schwertstreich erstürmte, die ägyptische Armee nach allen Seiten auseinanderlief und Arabi selbst sich schon anderen Tags gefangen gab. Auch seine Anhänger leisteten nirgends Widerstand; schon am 15. September zog Wolseley in Kairo ein und acht Tage später hatten fast alle Plätze sich ergeben. Noch vor Ende des Monats begann ein Teil der englischen Armee sich wieder einzuschiffen.

Der Khediv.

Mit der Niederwerfung des bewaffneten Widerstandes waren aber die Schwierigkeiten der Lage keineswegs überwunden. Dieselben bestanden theils in der Aufgabe die inneren Verhältnisse Ägyptens zu ordnen, theils in den Beziehungen zur Pforte und zu den Großmächten, besonders zu Frankreich. Der Khediv suchte sich möglichst unabhängig von England zu stellen. Er setzte eine Kommission ein, welche die Vorgänge in Alexandrien am 11. Juni untersuchen und die Schadenersatzansprüche der Europäer prüfen sollte; er betraute den bisherigen türkischen General Baker Pascha mit der Neubildung der Armee, die ohne die Gendarmerie 11 000 Mann zählen sollte; er berief endlich Kriegsgerichte um Arabi und etwa 80 Mitschuldige abzuurteilen. Da er bei all diesen Maßregeln sich über die Vorstellungen des englischen Generalkonsuls Malet hinwegzusetzen beflissen war, beauftragte das Ministerium den Botschafter in Konstantinopel, Lord Dufferin, sich nach Ägypten zu begeben, und dieser trat dort sehr entschieden auf. Er beschränkte Baker Pascha, welcher der englischen Regierung nicht genehm war, auf die Organisation der Gendarmerie, übertrug die der Armee dem General Wood und bestand darauf, daß sie nur auf 6000 Mann gebracht werde, deren Oberoffiziere zur Hälfte, nämlich 25, Engländer sein sollten. Nach Beendigung des Prozesses gegen Arabi, der einen englischen Verteidiger erhalten hatte, erwirkte er von dem Khediv die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Verbannung nach Ceylon, wohin auch Ali Fehmi, Abdullah und einige andere gebracht wurden; auch die sonst gefällten schweren Urteile mußten durch Begnadigung gemildert werden; für die Masse der Aufständischen war schon vorher eine Amnestie verkündigt worden.

Lord Dufferins
Sendung.

Arabis Schid-
sal.

Englisch-fran-
zösische Diffe-
renzen.

Frankreich gegenüber erhoben sich zuerst Schwierigkeiten, als der frühere Generalkontrolleur Brédif wieder zu den Sitzungen des Ministerates zugelassen zu werden verlangte, während sein vormaliger englischer Kollege Colvin auf Weisung seiner Regierung diesen Anspruch nicht erhoben hatte. Entschlossen das frühere Kondominat nicht wiederherzustellen wollte Gladstone dem französischen Einfluß doch soweit Rechnung tragen, daß er den Vorsitz in der Staatsschuldenkommission einem Franzosen zu überlassen dachte; allein dieses Erbieten wies das französische Ministerium ab und weigerte sich auch einen anderen Ausweg vorzuschlagen, indem es einfach auf Wiederherstellung des früheren Zustandes beharrte; Lord Dufferin dagegen erklärte am 11. Januar 1883 die frühere Generalkontrolle einfach für aufgehoben. Darüber,

daß Eng
Minister
und für
kanal, sch
1883 an
tung des
verständn
unter die
arbeitete
aber kein
nicht dar
einzuwun
störender
fassungs
selbst ke
Khediv f
vorgeseh
für eine
zusamme

Un
Reforme
Cholera
wütete,
weit heb
ziemlich
erschreck
Spitze f
und vor
im Jah
Bevölke
und El
gegen i
einigen
nicht ve
genügen
29. Ap
von je
10 000
in der
vom 2.
deutsche
auf ein
am Ne
tigen I
dem W

daß England Ägypten nicht dauernd besetzt halten wolle, gaben die Minister sowohl diplomatische wie parlamentarische Versicherungen ab, und für manche Fragen, z. B. bezüglich der freien Schifffahrt im Suezkanal, schlug Granville in einer Note an die Großmächte vom 3. Januar 1883 ausdrücklich eine internationale Regelung vor; die innere Verwaltung des Landes zu ordnen nahm aber England für sich allein im Einverständnis mit dem Khediv in Anspruch. Demgemäß wurden die Finanzen unter die ausschließliche Kontrolle Colvins gestellt und Dufferin selbst arbeitete das Projekt einer ägyptischen Verfassung aus; dabei machte er aber kein Hehl daraus, daß, wenn schon England willens sei Ägypten nicht dauernd festzuhalten, doch keine Institutionen Aussicht hätten sich einzuwurzeln, wenn der britische Schutz nicht unter Beseitigung jedes störenden fremden Einflusses auf Jahre hinaus gesichert sei. Sein Verfassungsentwurf wurde am 29. April 1883 in Kairo verkündet, und er selbst kehrte dann auf seinen Posten in Konstantinopel zurück. Der Khediv schuf darauf zunächst den Staatsrat, welcher in der Verfassung vorgesehen war, und schrieb dann Wahlen für die Provinzialräte und für eine allgemeine Landesvertretung aus, die aber erst im November zusammentrat.

Die ägyptische Verfassung.

Unterdessen hatten andere Gefahren das Interesse von diesen inneren Reformen fast ganz abgelenkt. Schlimm genug war es schon, daß die Cholera von Indien eingeschleppt wurde und so verheerend im Lande wütete, daß die Zahl ihrer Opfer auf 30 000 geschätzt wurde. Aber weit bedrohlicher war eine religiös-politische Bewegung, die im Sudan ziemlich unbeachtet um sich gegriffen hatte und plötzlich mit einer erschreckenden Macht sich dem eigentlichen Ägypten näherte. An ihrer Spitze stand ein Fanatiker, der sich Mahdi, d. h. Führer, nennen ließ und von den Muhamedanern als ein Prophet verehrt wurde. Schon im Jahre 1882 hatte er einen großen Teil des Sudan, dessen bedrückte Bevölkerung freudig das ägyptische Joch abschüttelte, sich unterworfen und El Obeid in Kordofan zu belagern begonnen. Um den Widerstand gegen ihn zu organisieren wurde im Januar 1883 Hicks Pascha mit einigen englischen Offizieren nach dem Sudan abgeandt, konnte aber nicht verhüten, daß El Obeid am 17. Februar sich ergab. Nachdem er genügende Streitkräfte gesammelt hatte, schlug er dann freilich am 29. April 1883 den Mahdi zurück und säuberte die Provinz Sennaar von seinen Scharen; allein als er im Herbst mit einem Heere von 10 000 Mann gegen Kordofan aufbrach, wurde er von den Aufständischen in der Nähe von Melbas angegriffen und in einem dreitägigen Kampfe vom 2.—4. November mit seinem ganzen Heere, bei dem sich auch einige deutsche Offiziere befanden, niedergemacht. Fast um dieselbe Zeit wurde auf einem weit entlegenen Kriegsschauplatz bei Tokar, südlich von Suakin am Roten Meere, eine kleine ägyptische Truppenabteilung von den dortigen Beduinenstämmen, die sich unter der Führung des Osman Digma dem Mahdi angeschlossen, ebenso elend vernichtet und Suakin selbst bedroht.

Der Mahdi.

Hicks Paschas Niederlage.

Osman Digma.

Plan zur Räumung des Sudan.

Da über diesen Hafen auf der Karawanenstraße nach Berber am Nil die kürzeste Verbindungslinie nach Khartum führte, galt es vor allem die dortige Stellung zu sichern. Zu diesem Zweck wurde Baker Pascha nach Suakin geschickt, damit er den Weg nach Khartum freihalte, die ägyptischen Garnisonen im Sudan und die dort wohnenden europäischen Missionäre und Kaufleute an sich ziehe und, wie wenigstens das englische Ministerium wollte, dann den Sudan preisgebe. Die Aussicht in einen langwierigen Krieg mit dem Mahdi verwickelt zu werden war für Gladstone eine sehr unerwünschte Überraschung gewesen. Kurz vor dem Eintreffen der Hiobsposten im November hatte er bereits die Verminderung der englischen Besatzungsarmee auf 3000 Mann angeordnet; das war jetzt natürlich undurchführbar; aber mindestens wollten die Whigs die Verteidigung des Sudan von sich abwälzen. Der Khediv war über dieses Verhalten natürlich sehr erbittert und ließ, von Frankreich ermutigt, durch seinen Ministerpräsidenten Scherif Pascha den Engländern erklären, daß er Ostsudan der Türkei abtreten werde, wenn England die Verteidigung nicht übernehmen wolle, und daß er sodann zum Schutz des eigentlichen Agypten selbst stark genug sei und der Engländer nicht bedürfe. Als darauf Sir Evelyn Baring, der englische Generalkonsul, am 6. Januar 1884 erwiderte, daß seine Regierung gegen die Besetzung des Sudan durch türkische Truppen nichts einzuwenden habe, daß aber die ägyptische Armee auf alle Fälle bis nach Wady Halfa am zweiten Niltatarrhakt zurückgezogen werden müsse, verlangte Scherif Pascha seine Entlassung und wurde durch Nubar ersetzt, der für einen unbedingten Anhänger Englands galt.

General Gordon.

Dieses konnte sich der Verpflichtung für die Sicherheit Agyptens einzustehen nun doch nicht entziehen; da es aber daran festhielt, daß der Sudan geräumt werden müsse, und doch Maßregeln zur Rettung der dortigen Garnisonen unerlässlich waren, beschloß es am 18. Januar 1884 den ehemaligen Generalgouverneur des Sudan, den tapferen und am ganzen oberen Nil gefürchteten General Gordon, mit unbedingten Vollmachten und ansehnlichen Geldmitteln nach Khartum abzuschicken. Dieser, der eben im Begriff war im Auftrage des Königs Leopold von Belgien nach dem Kongo abzureisen, nahm die Sendung unter der Bedingung an, daß er in keiner Weise den Befehlen des Khediv, der ihn übrigens auch seinerseits wieder zum Generalgouverneur ernannte, zu gehorchen brauche. Er reiste dann noch selbigen Tages von London ab und langte gerade einen Monat später, am 18. Februar, in Khartum an. Für die Sicherheit seiner dortigen Stellung war es von höchster Bedeutung, daß Baker Paschas Operationen von Suakin aus gelangen. Dies war aber keineswegs der Fall. Gleich der erste Vorstoß, den er machte um das südlich gelegene Tokar zu entsetzen, scheiterte völlig; auf dem Marsche von der Hafenstadt Trinkitat nach Tokar wurde er angegriffen und am 4. Februar völlig geschlagen. Die nächste Folge dieses Ereignisses war, daß Tokar und das tiefer im Binnenlande gelegene

Kämpfe mit Osman Digma.

Sinfat, mehr hal den Scho inzwische 4000 W getroffen Trinkitat El Leb Suakin ähnlichen bei Tam darauf i mehr wu Unterägy April na Für er seine er that. Sultane Teil der er früh Erfolg. Ausfälle seiner T bald sich Khartum April n nach m Besatzu Gladsto daß Ge die Aus seiner Sudan der öff und leh Ministe genügen irgend es die Sudan am 3. Garnif dem M jowie

Sinkat, wo gleichfalls eine kleine ägyptische Besatzung stand, sich nicht mehr halten konnten, sondern dieses am 11., jenes am 21. Februar von den Scharen Osman Digma besetzt wurden. Andererseits aber waren inzwischen einige englische Kriegsschiffe unter Admiral Hewett und nahezu 4000 Mann englischer Truppen unter General Graham in Suakin eingetroffen; der letztere brach, des Falles von Tokar noch unfundig, von Trinitat aus dorthin auf, schlug Osman Digma am 29. Februar bei El Teb und besetzte Tokar am 1. März; dann aber kehrte er nach Suakin zurück um von dort aus in der Richtung auf Sinkat einen ähnlichen Vorstoß zu machen. Auch diesmal errang er, am 12. März bei Tamanieb, einen vollkommenen Sieg, verzichtete jedoch abermals darauf ihn zu verfolgen und die Straße bis Berber zu sichern. Vielmehr wurde der größte Teil der englischen Truppen gleich darauf nach Unterägypten zurückgezogen, und Graham selbst begab sich schon Anfang April nach London.

Für Gordon war diese Maßregel ein schwerer Schlag. Zwar setzte Gordons Lage. er seine Hoffnungen in erster Linie auf die versöhnlichen Schritte, die er that. Er proklamierte die Unabhängigkeit der kleinen sudanesischen Sultane, erkannte den Mahdi als Herrn von Kordofan an, erließ einen Teil der Steuern und gestattete den Sklavenhandel, dessen eifriger Gegner er früher gewesen war. Allein damit erzielte er keinen wesentlichen Erfolg. Ringsum Khartum beherrschte der Aufstand alles Land; Gordons Ausfälle scheiterten an der Feigheit, zum Teil selbst an der Meuterei seiner Truppen; die englische Regierung empfahl ihm dringend thunlichst bald sich zurückzuziehen und dachte nicht daran ihm Verstärkungen nach Khartum oder auch nur nach Berber entgegenzuschicken. Schon Mitte April wurde die letztere Stadt von den Aufständischen umzingelt und nach mehrwöchentlicher Belagerung am 26. Mai erstürmt, wobei die Besatzung und die ganze männliche Bevölkerung niedergemacht wurde. Gladstone und Granville versicherten indes im Parlamente wiederholt, daß Gordon sich nicht in Gefahr befinde, und hielten daran fest, daß die Aussendung einer militärischen Expedition gegen das ganze Prinzip seiner Mission verstoße, die ja gerade eine friedliche Räumung des Sudan zum Zweck habe. Sowenig Beifall derartige Erklärungen in der öffentlichen Meinung fanden, so ließ das Unterhaus sie doch zu und lehnte die von der Opposition beantragten Mißtrauensvota ab. Das Ministerium aber glaubte seinen moralischen Verpflichtungen dadurch genügend nachzukommen, daß es Gordon am 21. Mai anheingab auf irgend einem Wege mit den ägyptischen Truppen zurückzukommen, daß es die Pforte zu wiederholtenmalen aufforderte eine Armee nach dem Sudan zu schicken und daß es mit dem Regus Johannes von Abessinien am 3. Juni durch Hewett einen Vertrag abschloß, der den ägyptischen Garnisonen im Sudan den Rückzug durch Abessinien gestattete und dafür dem Regus die Zurückgabe des früher von Ägypten eroberten Bogoslandes sowie des Hafens Massauah am Roten Meere in Aussicht stellte.

Die ägyptischen Finanzen.

Inzwischen war auch die Jahreszeit soweit vorgerückt, daß eine Hilfsfendung aus klimatischen Gründen unthunlich war. Dafür traten nun die diplomatischen Sorgen und die finanziellen Schwierigkeiten um so stärker in den Vordergrund. Die ägyptischen Finanzen hatten sich seit der englischen Okkupation nicht verbessert, sondern verschlechtert; der Fehlbetrag der letzten drei Jahre wurde auf etwa 160 Millionen Mark geschätzt, wovon 85 Millionen auf die Entschädigung der europäischen Bewohner Alexandriens, 30 Millionen auf die Ausgaben zur Behauptung des Sudan entfielen; der Rest aber entstammte den ordentlichen Ausgaben und diese stellten auch für das laufende Jahr ein Defizit in Aussicht. Wenn demnach eine neue Anleihe unentbehrlich war, so konnte sie doch nicht ohne Abänderung des Liquidationsgesetzes von 1880 ausgeführt werden und diese erforderte die Zustimmung der übrigen Großmächte. Granville schlug deshalb die Abhaltung einer Konferenz vor und gedachte auf dieser auch die übrigen streitigen Punkte zur Verhandlung zu bringen, indem er darauf rechnen mochte Frankreich dort zu majorisieren. Dazu die Hand zu bieten lehnte Bismarck jedoch ab und die übrigen Großmächte folgten seinem Beispiel; sie erklärten sich zur Besichtigung der Konferenz nur dann bereit, wenn deren Aufgabe auf die finanzielle Frage beschränkt bleibe und wenn England sich zuvor mit Frankreich verständige. Dies letztere erforderte fast zwei Monate; doch kam am 17. Juni wirklich eine Übereinkunft zustande, kraft deren sich England verpflichtete Ägypten Anfang 1888 zu räumen, wenn die Mächte alsdann der Meinung seien, daß dies ohne Gefährdung der Ordnung geschehen könne; alsdann solle das Land neutralisiert und die Schifffahrt im Suezkanal durch einen Vertrag verbürgt werden; der internationalen Staatsschuldenkommission wurde schon von 1886 an eine beratende Mitwirkung bei der Aufstellung des ägyptischen Budgets zugestanden. Nachdem dies Abkommen vom englischen Parlamente und der französischen Kammer gebilligt war, konnte die Londoner Konferenz am 28. Juni zusammentreten. Die Vorschläge, welche England zur Regelung der ägyptischen Finanzen machte, liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß es die erforderliche Anleihe von 160 Millionen Mark seinerseits garantieren wolle, wenn dieselbe den Vorrang vor allen früheren erhalte und wenn die Amortisation der letzteren vorläufig eingestellt, der Zinsfuß auf $3\frac{1}{2}$ Prozent für die unisizirte, auf $4\frac{1}{2}$ für die privilegierte Schuld herabgesetzt werde; gleichzeitig sollten aber auch die Steuern in Ägypten um 70—80 Millionen Mark vermindert werden. Demgegenüber bestand Frankreich darauf, daß weder eine Herabsetzung der Zinsen noch eine Erleichterung der besonders in Frage kommenden Grundsteuer zulässig sei, daß die Deckung des Ausfalls vielmehr durch eine geringere Verzinsung der Suezkanalaktien und der beabsichtigten neuen Anleihe beschafft werden müsse. Beide Maßregeln würden England größere Lasten zugeschoben haben, und deshalb erklärte sich Granville unbedingt dagegen. Mehrere Wochen wurde mehr außerhalb als in der Konferenz verhandelt und

Englisch-französische Konvention.

Die Londoner Konferenz.

endlich
war, di
schlugen
lehnte je
fallend
das Wo
mente ab
mehr au
feit verla
Un
und die
und scho
Mariner
Ägypten
einen v
expeditio
wurde
während
abgesehe
drängen
tember
Teil sein
gola vo
sämtlich
Halsa e
sammeln
zögerten
auf Bo
weiterzu
nach W
bei Ab
17. Jan
bei Me
Burnab
er nach
Gobat
vor An
traf da
sah er
selbe m
auch G
D
seiner
nehmen
thuung

endlich am 2. August, da keine Hoffnung auf Verständigung vorhanden war, die Vertagung beschlossen. Frankreich und die übrigen Mächte schlugen vor am 20. Oktober wiederzusammenzutreten; England aber lehnte jeden Termin ab, und Lord Granville schloß die Sitzung in auffallend schroffer Weise, als der französische Botschafter Waddington eben das Wort erbeten hatte um noch einen Antrag zu stellen. Im Parlamente aber gab er sowohl wie Gladstone die Erklärung ab, daß nunmehr auch das englisch-französische Abkommen vom 17. Juni seine Gültigkeit verloren habe.

Unter diesen Umständen mußte nun England gleichzeitig die finanzielle und die militärische Ordnung der Dinge selbständig in die Hand nehmen, und schon am 5. August kündigte Gladstone im Unterhause an, daß der Marineminister Lord Northbrook in außerordentlicher Mission nach Ägypten gehen werde um die Finanzlage dort zu studieren, und daß er einen vorläufigen Kredit von 6 Millionen Mark behufs einer Hilfs-Expedition nach Khartum beantragen wolle; zur Vorbereitung derselben wurde Lord Wolseley nach Ägypten geschickt. Gordons Lage hatte sich während der Sommermonate etwas gebessert. Von kleineren Kämpfen abgesehen hatte er am 24. Juli und 30. August über die Khartum bedrängenden Scharen des Mahdi Siege davongetragen und Ende September sogar Berber wiedererobert. Aber als er Anfang Oktober einen Teil seiner Truppen unter dem Obersten Stewart nilabwärts nach Dongola vorausschickte, wurden diese am 6. Oktober von den Aufständischen sämtlich niedergemacht. Wenige Tage später traf Wolseley in Wady Halfa ein um hier seine Truppen zu der Expedition nilaufwärts zu sammeln; die Schwierigkeiten, welche dabei zu überwinden waren, verzögerten jedoch den Aufbruch noch wochenlang, und als man endlich auf Booten bis Korti gekommen war, mußte der Plan auf dem Nile weiterzufahren der Katarthaken wegen aufgegeben und der Wüstenmarsch nach Metamneh am Nil angetreten werden. In der Nähe dieses Ortes, bei Abuklea, stieß die vordere Kolonne unter Oberst Stewart am 17. Januar 1885 auf den Feind, besiegte ihn hier und zwei Tage später bei Metamneh nochmals; doch kostete das erste Gefecht dem Obersten Burnaby das Leben, in dem zweiten erhielt Stewart eine Wunde, der er nach einigen Wochen erlag. Oberst Wilson rückte darauf sofort bis Sobat vor, wo vier Dampfer, die Gordon von Khartum geschickt hatte, vor Anker lagen, eilte mit zwei derselben nach Khartum voran und traf daselbst am 28. Januar ein. Aber zu seiner bitteren Enttäuschung fand er den Mahdi im Besitz der Stadt. Zwei Tage vorher war derselbe mit Hilfe von Verrätern eingedrungen, und bei dem Kampfe hatte auch Gordon den Tod gefunden.

Die Frage war nun, ob Wolseley, wenn schon der nächste Zweck seiner Expedition verfehlt war, angewiesen werden sollte Khartum zu nehmen und dadurch dem Ansehen Englands in diesen Gegenden Genugthuung zu verschaffen. Das Ministerium beschloß zunächst dem General

Northbrook's
Sendung.

Gordons Lage.

Wolseleys
Expedition.

Fall von
Khartum.

Rückmarsch der
Engländer.

freie Hand zu lassen. Dieser hatte eine zweite Kolonne seiner Truppen von Korti aus der großen Nilkrümmung entlang nach Abu Hamid geschickt. Von General Earle geführt, stieß diese am 10. Februar bei Birteh auf überlegene feindliche Massen, die in heißem Kampfe geschlagen wurden; General Earle und Oberstleutnant Eyre fanden dabei den Tod. Da nun gleichzeitig die über Metamneh nach Khartum vorgerückten Truppen unter General Buller vor der Übermacht der Sudanesen auf Korti zurückweichen mußten, erteilte Wolseley auch dem General Brackenbury, der an Earles Stelle getreten war, die Weisung zum Rückmarsch. Die Einnahme von Khartum schien damit aufgegeben zu sein.

Pläne des
Ministeriums.

In England war jedoch seit Gordons Tod die öffentliche Meinung in lebhafter Erregung, und selbst das Whigministerium konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß man den Sturz des Mahdi als Sühne von ihm fordere. In diesem Sinne erklärte sich Gladstone am 19. Februar vor dem Unterhause und fügte hinzu, daß zunächst der Kampf gegen Osman Digma wiederaufgenommen und die Straße nach Berber gesichert werden solle um dann von Suakin nach Berber eine Eisenbahn anzulegen; die Nilexpedition blieb bis dahin in Dongola um erst im Herbst den Vormarsch wiederaufzunehmen.

Tod des Mahdi.

Bei Suakin erhielt abermals Graham den Oberbefehl; in der zweiten Hälfte des März kam es zu einigen Gefechten, die kein bedeutendes Ergebnis hatten. Inzwischen aber entwickelte sich an der afghanischen Grenze der drohende Konflikt mit Rußland, der die Gefahr eines großen Krieges nahezückte. Diese Erwägung veranlaßte das Ministerium seine sudanesischen Politik schon Ende April abermals zu ändern. Der Vormarsch auf Khartum und folglich auch der auf Berber wurde aufgegeben; Suakin sollte behauptet werden, auch wurde in Aussicht gestellt, daß der begonnene Eisenbahnbau vielleicht später im Handelsinteresse vollendet werden könne; Wolseley sollte sich langsam bis Wady Halfa und Assuan zurückziehen und dort eine ansehnliche Truppenmacht zum Schutze Ägyptens stehen lassen. Diese Anordnungen waren bereits zum guten Teile ausgeführt, als das Ministerium Gladstone am 23. Juni 1885 den Tories seinen Platz räumte; trotzdem gedachten diese sie rückgängig zu machen; allein Wolseley und Buller erklärten das für so schwierig, daß es einstweilen bei den Beschlüssen des Whigministeriums sein Bewenden behielt. In denselben Tagen aber, wo diese Entscheidung getroffen wurde, am 28. Juni, starb der Mahdi an den Blattern, und obwohl ein Nachfolger, Namens Abdullah, seine Erbschaft antrat, machte sich doch ein Erlahmen der Bewegung bemerklich. Die Kämpfe, zu denen es Ende 1885 südlich von Wady Halfa bei Kojeh kam, hatten keine erhebliche Bedeutung; auch war das Toryministerium durch die Wahlniederlage, die es inzwischen erlitten, moralisch bereits gestürzt und nicht in der Lage seiner Neigung zu einer aggressiven Politik zu folgen.

Northbrook.

Die Ordnung der finanziellen Schwierigkeiten war inzwischen gelungen. Allerdings nicht durch Northbrooks Sendung. Dieser fand

bei seine
Not; M
der Sch
Steuerer
und dab
veranlaß
die Sch
machte.
nicht an
deshalb
brooks
die Vor
machte,
vember
Bestimm
anleihe
des Zins
waren.
8. Jan
5prozent
unter G
forderte
und die
reich un
England
Unterfu
die Kon
reich die
ägyptisch
freilich
und for
auf. I
Person
in Konf
und ein
suchen r
verwalt
seitens
sollten.
Sir D
wurden

bei seiner Ankunft in Kairo die ägyptische Staatskasse in der größten Not; Nubar hatte sogar am 18. September 1884 die zur Verfügung der Schuldenkommission stehenden und zur Amortisation bestimmten Steuererträge vertragswidrig für die laufenden Ausgaben eingezogen und dadurch nicht allein die Vertreter der Großmächte zu einem Protest veranlaßt, sondern auch einen Prozeß gegen sich heraufbeschworen, den die Schuldenkommission vor dem internationalen Gerichtshof anhängig machte. Noch ehe das Urteil gefällt war — es lautete schließlich, wie nicht anders möglich, zu Ungunsten der Regierung —, hob der Khediv deshalb am 15. Oktober jene Verfügung wieder auf. Inwieweit Northbrooks Einfluß bei diesen Vorgängen wirksam war, ist nicht ersichtlich; die Vorschläge aber, die er bei seiner Rückkehr dem englischen Ministerium machte, fanden dessen Beifall nicht. Vielmehr legte dasselbe am 28. November den Großmächten einen neuen Finanzplan vor, dessen wichtigste Bestimmungen die Ausgabe einer von England garantierten Prioritätsanleihe von 100 Millionen Mark zu $3\frac{1}{2}$ Prozent und die Herabsetzung des Zinsfußes der unifizierten Schuld und der Kanalanleihe um $\frac{1}{2}$ Prozent waren. Wiederum erhob Frankreich dagegen Einspruch und schlug am 8. Januar 1885 vor, daß von den Koupons aller Anleihen eine 5prozentige Steuer erhoben und eine Anleihe von 180 Millionen Mark unter Garantie sämtlicher Großmächte ausgegeben werden solle; daneben forderte es eine internationale Untersuchung der ägyptischen Finanzlage und die Neutralisierung des Suezkanals. Nachdem Deutschland, Österreich und Rußland sich für diese Vorschläge ausgesprochen hatten, gab England am 21. Januar nach; doch wollte es in die Einsetzung einer Untersuchungskommission erst dann willigen, wenn nach zwei Jahren die Kouponssteuer als dauernd notwendig sich erwiesen habe. Da Frankreich dies zugestand, kam am 17. März endlich in London die neue ägyptische Finanzkonvention zum Abschluß. Die Pforte machte dabei freilich allerlei Vorbehalte bezüglich ihrer Souveränität über Ägypten und forderte England zu besonderen Verhandlungen über deren Wahrung auf. In der That ernannte das Toryministerium dann auch in der Person Sir Drummond Wolffs einen Spezialgesandten, der am 24. Oktober in Konstantinopel eine Übereinkunft unterzeichnete, laut deren ein englischer und ein türkischer Kommissär gemeinschaftlich die Lage Ägyptens untersuchen und Pläne zur Umgestaltung der Justiz-, Finanz- und Heeresverwaltung, zur Beruhigung des Sudans und zur Räumung des Landes seitens der Engländer, sobald die Verhältnisse geordnet seien, entwerfen sollten. Von der Pforte wurde Achmed Mukhtar Pascha, von England Sir Drummond Wolff zu diesem Zwecke ernannt; die Verhandlungen wurden vor Schluß des Jahres 1885 eröffnet.

Abfüng der
Finanzfrage.

Englisch-tür-
kische Kon-
vention.